



weltzeit

3|19

„Es gibt keine Unantastbaren“

DW Freedom of Speech Award für Anabel Hernández

Medien Digital Land NRW



Förderung & Finanzierung

Service & Information




Veranstaltungen & Messen

**Film und Medien
Stiftung NRW**

**Medien Netzwerk
NRW**

Kaistraße 14, 40221 Düsseldorf

www.filmstiftung.de | www.medien.nrw.de

 Medien.NRW   filmedienrw | MedienNRW

Editorial



› „Unsere Geschichte wird das sein, was wir daraus machen.“ Dieses Zitat des großen Edward R. Murrow ist eine Erinnerung an alle Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen „Eskapismus und Isolierung von den Realitäten der Welt, in der wir leben, vermeiden“, fuhr Murrow fort. Was die Geschichte darüber erzählen wird, wie wir unsere Arbeit gemacht haben, ist das, was wir heute daraus machen.

“ Die Anliegen derjenigen, die ohne uns keine Stimme hätten, hörbar machen.

Wieder einmal stehen wir an einem Scheideweg in der Weltgeschichte und der Journalismus muss sich seiner Herausforderung stellen. Während Deutschland 30 Jahre vereintes Zusammenleben seiner Bürger feiert und wir uns dankbar an die Gründerväter eines Nachkriegsdeutschlands erinnern, das 70 Jahre Frieden und Wohlstand in einer von einem starken Grundgesetz geschützten Demokratie erlebt hat, gibt es doch keinen Grund zur Selbstzufriedenheit.

Auf unserem diesjährigen **Global Media Forum** haben wir die Auswirkungen von Machtverschiebungen diskutiert. Populisten aus allen Bereichen des Spektrums bedrohen die Integrität Europas. Autokraten auf der ganzen Welt festigen ihre Positionen mit

oder ohne die Wahlurne. Die Kontrolle über den Zugang zu Informationen ist zu einem Werkzeug der Macht geworden. Die Meinungsfreiheit nimmt ab.

Dies sollte ein Aufruf an die Journalisten sein, mehr zu tun, als nur zu erzählen, was sie beobachten. Die Machthaber, die den freien Informationsfluss einschränken, senden gleichzeitig ihre eigene Botschaft. Sei es durch die Monopolisierung der Sendewege

in staatlich kontrollierten Mediensystemen, sei es durch die Verbreitung von Desinformation über Soziale Medien.

Die Deutsche Welle steht in vorderster Reihe, um Journalisten weltweit zu ermöglichen, ihre Arbeit zu tun. Wir fördern die Meinungsfreiheit und setzen uns für diejenigen ein, die unter zum Teil schwierigsten Bedingungen arbeiten. Die DW Akademie ist ein führender Partner beim Aufbau tragfähiger Mediensysteme, die der redaktionellen Unabhängigkeit die notwendige Grundlage durch finanzielle Unabhängigkeit geben.

Mehr denn je ist es an uns Journalisten, die Dinge in einen Kontext zu stellen, die Wahrheit aufzudecken, objektiv zu informieren und – wo nötig – auch zu mahnen.

Manchmal ist dies mit einem sehr realen persönlichen Risiko verbunden. Journalistinnen und Journalisten werden eingeschüchtert, inhaftiert und sogar ermordet, weil sie ihre Arbeit getan haben.

Gemeinsam müssen wir die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und die Anliegen derjenigen, die ohne uns keine Stimme hätten, hörbar machen.

Ein herausragendes Beispiel für unerschrockene Berichterstattung ist die Preisträgerin des diesjährigen **Freedom of Speech Award** der Deutschen Welle, die mexikanische Journalistin Anabel Hernández. Sie beeindruckte das Plenum des Global Media Forum mit viel Emotionalität und Entschlossenheit – trotz aller Widrigkeiten, die sie persönlich erfahren hat.

Die vorliegende **Weltzeit** blickt zurück auf unsere Medienkonferenz, zu der rund 2.000 Gäste aus über 140 Ländern in Bonn zusammengesessen waren. Sie haben viele neue Impulse mit nach Hause genommen – und eine Ermutigung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Die Demokratie braucht Sie alle!“

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre. <

Ihr Peter Limbourg
Intendant

➔ twitter.com/DW_Limbourg



Doaa Soliman

ist seit März Leiterin der Arabisch-Redaktion in Bonn. Die 32-jährige verantwortet das Online-Angebot. Doaa Soliman wirkt kraftvoll, mutig, zielstrebig. Gute Voraussetzungen, um mit einem kulturell vielfältigen Team, in dem mehrheitlich männliche Kollegen arbeiten, gesteckte Ziele zu erreichen: mehr Webvideos produzieren und die Präsenz in den Sozialen Medien weiter ausbauen, um noch mehr Menschen im Sendegebiet zu erreichen. „Wir wollen insbesondere mehr exklusive Geschichten aus der Region erzählen und so Akzente setzen.“

Doaa Soliman wurde in Ägypten geboren, studierte Journalismus in Kairo und schrieb unter anderem für The Egyptian Gazette, der ältesten englisch-

sprachigen Zeitung im Nahen Osten. 2011 kam sie mit einem Master-Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes erstmals nach Deutschland. Schon während ihrer mehrjährigen Tätigkeit für die BBC habe sie viel über die Mediennutzung in der arabischen Welt gelernt. Für den deutschen Auslandssender ist sie seit 2017 im Einsatz – bisher in Berlin. „Die DW genießt aufgrund ihrer verlässlichen Berichterstattung hohes Ansehen in den arabischen Ländern“, weiß sie. Als Journalistin schätzt sie vor allem die Freiräume, die ihr die DW bietet. „Das ermöglicht es mir, Ideen zu entwickeln und Geschichten zu erzählen, die ich sonst nicht hätte erzählen können.“

Inhalt

MENSCHEN BEGEGNEN

6 **Lagos – Kapstadt**
Fanny Facsar und Adrian Kriesch

6 **Neu bei Euromaxx**
Collien Ulmen-Fernandes
und Evelyn Sharma

7 **Alexandra von Nahmen**
Präsidentin im Weißen Haus

7 **Shakila Ebrahimkhil**
Auszeichnung für Mutige

7 **Khaled Muhiuddin**
Mehr Videos für Südasiens

AKTUELLES ERFAHREN

8 **Buchvorstellung**
Auf den Spuren der Menschenhändler

8 **The 77 Percent**
Partner meinen: „Brillant und goldrichtig“

PARTNERSCHAFT LEBEN

9 **Youtube-Kanal +90**
Fulminanter Start für Türkisch-Angebot

TITELTHEMA

10 **Freedom of Speech Award**
Unerschrockene Anabel Hernández
auf dem Global Media Forum geehrt

13 **Mexiko**
Straffreiheit statt Pressefreiheit

16 **Machtverschiebungen**
Die neue Welt(un)ordnung

17 **Videobotschaft: Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier**
„Neue Freiheiten brauchen neue Regeln“



18 **Europa in Nahost**
Der Preis der Untätigkeit

22 **Interview: Aroon Purie**
„Falschmeldungen sind eine Plage“

23 **Im Wortlaut: Mathias Döpfner**
„Wir brauchen klugen Onlinejournalismus“

24 **Gastbeitrag: Can Dündar**
Über den Niedergang der türkischen Medien
– und den Mut der Medienmacher

25 **Politik und Medien**
„Ich komme aus dem weltweit größten
Gefängnis für Journalisten“

26 **Kreml-Medien in Europa**
Mit „Informationslärm“ gegen Demokratien

28 **Ministerpräsident Armin Laschet**
„Rückendeckung für eine freie Presse“

29 **Künstliche Intelligenz**
Humanoider Roboter Sophia im Interview:
„Kein Mensch wird zurückgelassen“

29 **Bootcamp**
12 Starter – ein Gewinner

PERSPEKTIVE WECHSELN

30 **Ausstellung**
Fotografen setzen Afrika neu ins Bild

MEDIEN ENTWICKELN

32 **Filmförderung**
DW Akademie und Partner in Afrika:
Mit Konventionen brechen

WELT ANSCHAUEN

34 **Im Porträt**
Neue Formate – neue Moderatoren
Den Blick auf die Welt authentisch erweitern

Stabwechsel in Lagos – Präsenz in Kapstadt

Fanny Facsar ist seit einigen Monaten als Westafrika-Korrespondentin im Einsatz und hat die Leitung des DW-Büros in Lagos übernommen. Der bisherige Leiter der Außenstelle in Nigeria, **Adrian Kriesch**, berichtet nun aus Kapstadt, Südafrika.

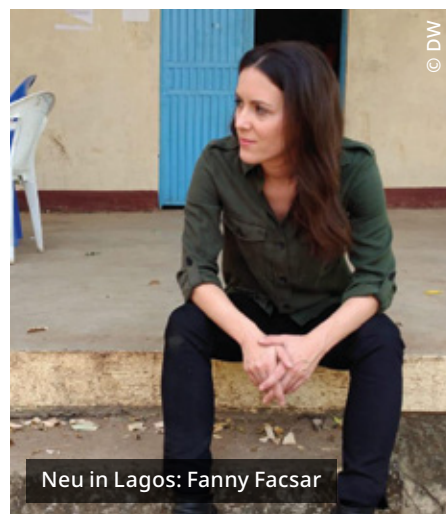
Die neue Westafrika-Korrespondentin ist für die DW als Newsreporterin des englischen TV-Kanals bereits quer durch Europa gereist, berichtete unter anderem aus Indien, Russland, der Türkei, den USA und aus Saudi-Arabien. „Mein härtester Einsatz“, wie sie sagt. Für Fanny Facsar ist das Leben ein einziger großer Umzug. „Mein Job ist damit verbunden, dass ich immer anderswo wohnen könnte und bereit bin, das auch zu tun“, sagt sie. Geboren wurde sie in Ungarn, aufgewachsen ist sie in Deutschland, volontiert hat sie in den USA und der Schweiz. An der DW schätzt sie die Internationalität und die Sprachenvielfalt ebenso wie die Möglichkeit, neue Erzählformen auszuprobieren.

In den neuen Formaten **News Africa** (siehe Seite 34) und **Business Africa** im englischsprachigen TV-Programm widmet die DW dem Kontinent seit Februar noch mehr Aufmerksamkeit – und Sendezeit. Die Berichterstattung aus dem Büro in Nigeria, Afrikas bevölkerungsreichstem Land, wird nicht zuletzt deshalb bedeutsamer.



Neu in Kapstadt: Adrian Kriesch

Gleiches gilt für die Einrichtung einer weiteren DW-Präsenz auf dem Kontinent. Adrian Kriesch geht gut gerüstet nach Kapstadt, wo er schon während seines Masterstudiums einige Monate verbrachte. Nach fünf Jahren Lagos ist er aufbauerprob. Der 31-Jährige arbeitete dort zunächst als Freier Journalist, bis er später gemeinsam mit Jan-Philipp Scholz das DW-Büro aufbaute. Seither wurde die Ausstattung nach und nach verbessert. Erst kürzlich haben DW-Techniker einen neuen Schnitt- und Schaltplatz installiert.



Neu in Lagos: Fanny Facsar

Kriesch kann nun für das DW-Büro in Kapstadt die Erfahrungen aus Lagos einbringen – was die Logistik betrifft ebenso wie die Berichterstattung aus West- und Zentralafrika. Der neue DW-Standort in Südafrika sei „das richtige Zeichen zur richtigen Zeit“, so der Korrespondent. „In diesem Jahr gibt es gleich in mehreren Ländern im südlichen Afrika wichtige Wahlen.“ Spätestens seit den jüngsten, turbulenten Wahlen in Nigeria ist er auch darin erprobt.

[dw.com/afrika](https://www.dw.com/afrika)

Zwei neue Gesichter bei Euromaxx

Die Moderatorin und Schauspielerin **Collien Ulmen-Fernandes** und die deutsch-indische Bollywood-Schauspielerin **Evelyn Sharma** präsentieren das TV-Magazin **Euromaxx** der Deutschen Welle – auf Deutsch und Englisch.

Die vielfach ausgezeichnete Kultur- und Lifestyle-Sendung zweisprachig zu moderieren war für Ulmen-Fernandes eine neue Herausforderung. „Mit originellen und überraschenden Themen aus Europa ein weltweites Publikum zu erreichen“, das sei ebenfalls eine neue Erfahrung, so die 37-Jährige, die bereits zahlreiche Popmusik-Formate

und andere Unterhaltungsshow im deutschen Fernsehen moderiert und in TV- und Kinofilmen mitgewirkt hat.

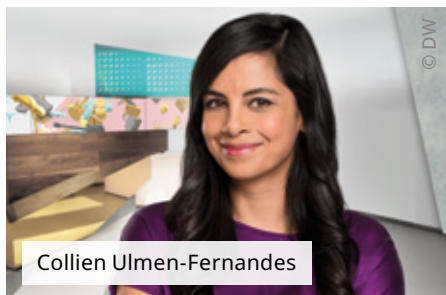
Ulmen-Fernandes attestiert Euromaxx, das wöchentlich ausgestrahlt wird, „einen speziellen Themenmix und eine tolle Bildsprache“. Die Redaktion setzt auf eigenproduzierte Inhalte, ausgerichtet auf „Leben

und Kultur in Europa“. Die Beiträge kommen aus den europäischen Metropolen ebenso wie aus entlegenen Regionen.

Ulmen-Fernandes moderiert Euromaxx im Wechsel mit der deutsch-indischen Schauspielerin und Bloggerin Evelyn Sharma – ebenfalls ein neues Gesicht der Sendung. Die 32-Jährige ist in Deutschland aufgewachsen und lebt sowohl hier als auch in Indien. Als Moderatorin der DW-Sendung sieht sich die „Weltbürgerin“, die nicht weniger als acht Sprachen beherrscht, zugleich als „Botschafterin Europas beim asiatischen Publikum“. Mit der neuen Moderatorin schafft Euromaxx eine authentische Anbindung an eine der wichtigsten Zielregionen der DW, den asiatischen Kontinent.

Die DW sendet Euromaxx zudem auf Spanisch und Arabisch. Weitere zwölf Sprachversionen entstehen in Zusammenarbeit mit Partnersendern.

[dw.com/euromaxx](https://www.dw.com/euromaxx)



Collien Ulmen-Fernandes



Evelyn Sharma

Präsidentin im Weißen Haus

Alexandra von Nahmen, Leiterin des DW-Studios in Washington, ist neue Präsidentin der White House Foreign Press Group. Die Gruppe setzt sich für die Rechte ausländischer Korrespondenten ein – als Teil der White House Correspondents' Association (WHCA).

› In den vergangenen Jahren konnten sich die Mitglieder der Gruppe einen festen Platz im Briefing Room des Weißen Hauses sichern. Zudem haben sie Zugang zu den streng reglementierten Presseterminen des US-Präsidenten im Oval Office und den anderen Teilen des Westflügels. Dennoch wird ihnen manchmal der Zugriff auf Informationen erschwert – im Gegensatz zu ihren US-amerikanischen Kollegen, so die Erfahrung. Dies zu ändern ist eines der Ziele von Alexandra von Nahmen. Als Präsidentin ist sie sowohl Ansprechpartnerin für das Presse-

team des US-Präsidenten als auch für den Vorstand der WHCA. Die DW hat der White House Correspondents' Association 2017 den Freedom of Speech Award verliehen.

Die 47-Jährige berichtet für die DW seit Anfang 2017 aus dem Weißen Haus, begleitete US-Präsident Trump unter anderem bei seinen ersten Auslandsreisen in den Nahen Osten und nach Europa sowie bei seinen Gipfeltreffen mit Nordkoreas Diktator Kim. Seit Herbst 2017 ist sie Vollmitglied der WHCA und wird von ihr regelmäßig als sogenannte Poolreporterin eingesetzt. Diese



© DW/P. Franqui

Berichte aus dem Oval Office werden allen Kolleginnen und Kollegen des White House Press Corps zur Verfügung gestellt.

Seit 1999 ist von Nahmen für die DW tätig, zunächst in Berlin, dann als Studioleiterin in Moskau. Nach fünf Jahren kehrte sie zurück nach Berlin und moderierte unter anderem ein Interview-Format. <

Auszeichnung für Mutige

Shakila Ebrahimkhil, Mitarbeiterin in der Dari/Paschtu-Redaktion, hat den „Activist Human Rights Award“ des internationalen Filmfestivals „Movies that matter“ in Den Haag erhalten.

› Der von Amnesty International gestiftete Preis würdigt den Einsatz Ebrahimkhils als kritische Journalistin und engagierte Verfechterin von Menschenrechten in Afghanistan. Durch Reportagen über Opfer von Terrorattacken für den afghanischen TV-Sender Tolo wurde Ebrahimkhil bekannt. 2016 sprengte sich ein Selbstmordattentä-

ter neben einem Kleinbus des Senders in die Luft. Sieben Mitarbeiter kamen ums Leben. Deshalb widme sie „diesen Preis allen Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan, die bei ihrem Einsatz für die Menschenrechte ihr Leben lassen mussten“, sagte Ebrahimkhil bei der Verleihung. Nach dem Anschlag und wiederholten Drohungen durch die Taliban hatte sie sich mit ihren drei Kindern nach Europa durchgeschlagen. Bei der DW setzt Ebrahimkhil ihre journalistische Arbeit nun in der Dari/Paschtu-Redaktion fort.

Sie ist zugleich eine der zwei Protagonistinnen des Dokumentarfilms „Facing the



© DW

Dragon“, der ebenfalls in Den Haag ausgezeichnet wurde. Darin übt sie Kritik an der Regierung in Kabul und beschreibt das Vorgehen der radikal-islamischen Taliban. <

Mehr Videos für Südasiens

Khaled Muhiuddin ist neuer Leiter der Bengali-Redaktion der DW. Der TV-Journalist aus Bangladesch war zuletzt stellvertretender Chefredakteur beim privaten Independent Television. Dort präsentierte er die abendliche Nachrichtensendung und moderierte eine politische Talkshow.

› Vorgängerin Debarati Guha hatte im August 2018 die Hauptabteilung Asien übernommen und seither die Leitung des Bengali-Teams in Personalunion weitergeführt.

Der 44-jährige Muhiuddin studierte Journalismus in Dhaka und London und war für mehrere Zeitungen und digitale Plattformen tätig. Der neue Leiter bringt seine Erfahrungen im Bereich Video, Moderation und Talk ein und soll unter anderem das



© DW/P. Böll

Angebot der Redaktion auf Youtube ausbauen. Der Kanal hat aktuell mehr als 100.000 Abonnenten.

Das Bengali-Angebot der DW gilt bei den Nutzern als eine wichtige unabhängige Stimme in Bangladesch. Das südasiatische Land hat 2018 ein neues, restriktives

Gesetz erlassen, den „Cyber Information Communication and Technology Act“ (ICT-Act). Seither werden Andersdenkende verstärkt unter Druck gesetzt. In den vergangenen Wochen wurden mehrere Schriftsteller und Journalisten verhaftet.

Angesichts wachsender Repression und Polarisierung in Bangladesch ist für Khaled Muhiuddin die Aufgabe der DW, den Dialog zu fördern und einer Vielzahl von Meinungen und Perspektiven Raum zu geben, wichtiger denn je. „Fast alles kann auf unseren Plattformen diskutiert werden. Hier haben wir einen Vorteil gegenüber den regionalen Anbietern, die oft eine bestimmte Agenda verfolgen“, so Muhiuddin. <

➔ [dw.com/bengali](https://www.dw.com/bengali)

Auf den Spuren der Menschenhändler

DW-Mitarbeiter **Jan-Philipp Scholz** hat ein Buch über irreguläre Migration zwischen Afrika und Europa vorgelegt. Titel: „Menschenhandel, Migrationsbusiness, moderne Sklaverei“.



➤ Wohl kaum einen Ort hat Jan-Philipp Scholz in den vergangenen Monaten so oft gesehen wie den internationalen Flughafen von Tunis. Er ist für die DW Akademie in der Region unterwegs. Wenn er nicht gerade

wieder pendelt zwischen Nordafrika und Europa. „Was für mich ein zweistündiger Flug über das Mittelmeer und ein Stempel im Reisepass ist, dafür nehmen andere Menschen skrupellose Schleuserbanden, seeuntaugliche Boote und höchste Lebensgefahr in Kauf“, so Scholz.

Mehr als 10.000 Menschen sind in den vergangenen Jahren beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen. Sie waren für Scholz ein zentraler Anstoß zu einer umfassenden Buchrecherche, die 2016 begann. Damals war er Westafrika-Korrespondent der DW in Lagos. Nigeria ist eines der Hauptherkunftsländer irregulärer Migranten, die ihr Leben in der Sahara und auf dem Mittelmeer aufs Spiel setzen, um ihr vermeintliches Traumziel Europa zu erreichen. Scholz besuchte Schleuserhochburgen

in Nigeria, Niger und Mali, führte entlang der typischen Migrationsrouten viele Interviews mit Flüchtenden.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen zeichnet Scholz die Odyssee der Migranten zwischen Herkunftsländern, Transitstaaten und Europa nach. „Mir ging es um die persönlichen Schicksale und um zwei Fragen: Warum verlassen so viele junge Menschen ihre Heimat und wer sind die Profiteure dieses Phänomens?“ Nach Überzeugung des Autors sind dies nicht nur die Schleuserbanden und Menschenhändler, sondern „auch die korrupten Eliten dieser Staaten“.

Das Buch ergänzt die europäische Diskussion über Fluchtursachen, Abschottungspolitik und Bekämpfung von Schleppernetzwerken um eine wichtige Perspektive aus Afrika. Erschienen ist es im April 2019 im Verlag Brandes & Apsel. <

➔ bit.ly/scholz-menschenhandel

The 77 Percent: „Brillant und goldrichtig“

Lebendig, jung, politisch, kritisch – die „Street Debate“ ist ein Kernelement des Projekts **The 77 Percent**. Das Angebot zielt auf Afrikas junge Bevölkerung: 77 Prozent sind jünger als 35. Auf dem Global Media Forum in Bonn hatte die Debatte Deutschlandpremiere.

➤ „Das fühlt sich gut an und kommt großartig rüber“, schwärmte Malal Almamy Tall nach der Aufzeichnung der „77 Street Debate“ am Rhein. Der senegalesische Rapper – Künstlername „Fou Malade“ – zählt zu den größten Influencern in Westafrika. Auf der DW-Medienkonferenz in Bonn diskutierte er mit jungen Medienschaffenden aus Afrika, wie sie das Bild ihres Kontinents prägen können.

Das Feedback der Partner macht deutlich, wie sehr das Format den Nerv der Zielgruppe trifft. „Die DW liegt mit The 77 Percent goldrichtig“, sagt beispielsweise Samuel Attah-Mensah, CEO von Citi TV in Ghana. „Inhaltliche Angebote, die die Sorgen der jungen Mehrheit aufgreifen, sie inspirieren und Perspektiven aufzeigen, sind der richtige Weg.“ Joseph Kigozi, Strategiechef der jungen ugandischen Mediengruppe Nextmedia, findet das Konzept „brillant“. Kigozi: „77 ist einzigartig und berührt Schlüsselthemen unserer Gesellschaft.“ Auch im postsozialistischen Angola findet das Format Interesse. Serge Kalu, Programmdirek-



Moderator Bruce Amani im Gespräch mit Gästen des GMF

tor von Zimbo TV, dem populärsten Sender des Landes, will eine portugiesischsprachige Version starten und meint: „The 77 Percent kommt sehr frisch rüber und ist ein wichtiges Vehikel, um die Anliegen, Bedürfnisse, Überzeugungen und Frustrationen unserer Jugend zur Sprache zu bringen – über Kultur- und Sprachgrenzen hinweg.“

In den „77 Street Debates“ lässt Edith Kimani – in Bonn vertreten von Bruce Amani – junge Afrikaner zu Wort kommen; es geht um ihre Themen, ihre Probleme. Zehn Debatten gab es bisher vor Ort, unter anderem in Nairobi, Mombasa, Kampala, Gulu, Accra, Tamale und Johannesburg – in Townships

und Slums, in i-Hubs und auf dem Dach eines Studentenwohnheims. Diese Straßendebatten werden als kurzer Zusammenschchnitt in das neue TV-Magazin integriert. Als 26-minütige Version sind sie auf dem Youtube-Kanal „DW Africa“ zu sehen und werden auch von Partnersendern ausgestrahlt.

Am Ende des Global Media Forum hatten sich 13 neue Partner entschieden, das Format zu übernehmen, unter anderem in Gabun, Ghana, Liberia, Nigeria, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Tansania und Uganda. <

➔ dw.com/77

➔ bit.ly/77percent_youtube

Fulminanter Start für Gemeinschaftsprogramm

BBC, DW, France 24 und Voice of America (VOA) haben gemeinsam den Youtube-Kanal **+90** gestartet. Einer jungen Zielgruppe unabhängige, glaubwürdige Informationen zugänglich machen und so Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt stärken – das ist das Ziel. Zwei Monate nach dem Start hat +90 rund 100.000 Abonnenten und eine Wiedergabezeit von mehr als elf Millionen Minuten.

➤ +90 ist die internationale Ländervorwahl der Türkei. Das Angebot richtet sich an ein türkischsprachiges Publikum, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Türkei, mit Interesse an internationaler Politik, an Themen aus Wirtschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur. Die vier beteiligten Sender wählen aktuelle Videobeiträge aus und laden diese auf Youtube hoch. Alle Inhalte sind jederzeit abrufbar.

Vier internationale Medienhäuser bauen mit dem neuen Youtube-Kanal 90+ „gemeinsam Brücken in Richtung Türkei“, sagte DW-Intendant Peter Limbourg zum Start. Das internationale Interesse an dem Land sei groß. „Wir möchten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen, indem wir eine Plattform für Dialog anbieten“, so Limbourg.

Für Jamie Angus, Direktor der BBC World Service Group, hat das neue Angebot „eine simple Mission: mit unseren unabhängigen und vertrauenswürdigen Nachrichten so viele türkischsprachende Menschen wie möglich erreichen. Die Bündelung vielfältigen und erstklassigen Contents für Youtube-Nutzer ist sinnvoll – und dies gemeinsam mit anderen Informationsanbieter zu tun, die unseren Ansatz teilen.“

Marie-Christine Saragosse, Intendantin von France Médias Monde (FMM), dem Verbund der französischen Auslandsmedien, verweist im Licht des digitalen Wandels und der wachsenden Verbreitung von Falschinformationen auf die Bedeutung von „verifizierten Informationen als eine der Kernaufgaben“.

VOA sei Teil der Kooperation, „weil wir nachhaltige Inhalte produzieren und einen relevanten Austausch fördern wollen“, so Programm-Manager Eric Phillips. „Via Youtube möchten wir vor allem junge, einflussreiche Menschen erreichen. Es ist uns ein großes Anliegen, dass sie ihre Meinung frei äußern können.“

Entscheidende Fragen stellen

Die Türkei ist eine junge Gesellschaft. So richtet sich das Angebot vor allem an die 18- bis 34-Jährigen. Die Themen orientieren sich an dem, wonach diese Zielgruppe sucht, aufbereitet in Erklärstücken, Reportagen und Interviews. Angesichts der wachsenden Restriktionen, denen Medien in der Türkei ausgesetzt sind, und der Monopolisierung im Mediensektor kommt Themen, die in den Mainstream-Medien wenig Beachtung finden, große Bedeutung zu. Menschen- und Freiheitsrechte sind für die +90-Redaktion ein weiterer Schwerpunkt.

Es geht um Arbeitslosigkeit unter türkischen Hochschulabsolventen, Soziologen etwa, und um die Zukunft der Bauern in der Provinz Mersin. Es geht um die Krise in der türkischen Bauwirtschaft und die Bedeutung Künstlicher Intelligenz. Die Situation syrischer Flüchtlinge in der Türkei wird am Beispiel der südanatolischen Millionenstadt Diyarbakir aufgezeigt. Und ein Istanbulbuler „Local Hero“ wird vorgestellt, der sein Dach mit Flüchtlingen teilt.

Es geht auch um gesellschaftliche Fragen: Was bedeutet es, eine Transfrau zu sein? Wie leben alleinerziehende Mütter? Warum lassen jährlich Hunderte Türiinnen ihr Kind in den USA zur Welt kommen? Warum ist das türkische Bildungssystem so kompliziert, undurchsichtig und teilweise auch ungerecht? Darüber hinaus gibt Moderatorin Elif Yalaz Einblicke in kulturelle Aspekte, die in der Türkei hohen



“ Wir liefern die Fakten und geben die Vielfalt der Meinungen wieder.



Stellenwert haben – Volkstanz gehört dazu. So können Zuschauer mehr erfahren über Horon, einen traditionellen Tanz an der östlichen Schwarzmeerküste.

„Wir haben nicht den Anspruch, auf alles Antworten zu geben, aber wir stellen die entscheidenden Fragen und greifen auch sensible Themen auf“, erläutert Erkan Arıkan, Leiter der Türkisch-Redaktion der DW. „Wir liefern die Fakten zu den vom Publikum diskutierten Themen und geben die Vielfalt der Meinungen dazu wieder“, so der Verantwortliche aufseiten der DW. Das neue Angebot der vier internationalen Partner stoße in der Türkei auf ein breites Echo in der Zielgruppe. „Dass +90 zugleich in regierungsnahen Medien im Land auf wenig Gegenliebe stößt und auch von Regierungspolitikern angefeindet wird, kann unser Konzept nur bestätigen“, so Arıkan. <

➤ youtube.com/plus90 | ➤ twitter.com/dw_turkce

“ Sie wollen, dass wir zum Schweigen gebracht werden – aber wir verschaffen uns noch immer Gehör.



„Für freie Journalisten gibt es keine Unantastbaren“

Die mexikanische Journalistin und Autorin Anabel Hernández hat den **Freedom of Speech Award** der Deutschen Welle erhalten. Intendant Peter Limbourg überreichte die Auszeichnung im Rahmen des **Global Media Forum (GMF)** in Bonn. Hernández erhält den Preis für ihren herausragenden Einsatz für die Meinungsfreiheit und ihren Kampf gegen Korruption, Vertuschung und Straffreiheit in ihrem Heimatland.

Text **Berthold Stevens**

› „Ich stehe heute hier, bin unter Ihnen. Aber in den fast zehn Jahren, in denen ich Drohungen ausgesetzt war, sind mehr als 100 Journalisten in meinem Land hingerichtet worden als Folge ihrer Arbeit.“ Anabel Hernández hielt eine emotionale, engagierte Dankesrede. „Wir Journalisten leben in der gewalttätigsten Zeit der jüngeren Geschichte“, beklagte die unerschrockene Investigativjournalistin bei der Preisverleihung am 27. Mai im World Conference Center Bonn.

In vielen Ländern sei die Demokratie in Gefahr. „Die Freiheiten sind bedroht, die wir uns so mühevoll erkämpft haben“, mahnte sie. Vielfach würden vor allem einflussreiche Gruppen über das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger entscheiden, „Gruppen, die Tag für Tag mehr politische, wirtschaftliche, technologische und soziale Macht bündeln“, so Hernández. Organisierte Kriminalität gebe es nicht nur in mexikanischen Drogenkartellen, „sondern auch außerhalb Mexikos – in Unternehmen, Banken und Börsen“.

Diese Gruppen wirkten im Verborgenen, an der Trennlinie zwischen Legalität und Verbrechen. „Es ist unsere Aufgabe als Journalisten, herauszufinden, was sie tun, wie sie es tun, warum sie es tun und wer ihre Komplizen sind“, sagte die Preisträgerin. „Bei unzähligen Gelegenheiten gelangen wir an die Wahrheit, zu der weder Staatsanwälte noch Richter vordringen. Denn oft sind diese, vor allem in Ländern wie Mexiko, von diesen Machtgruppen abhängig.“

Weltweit besser vernetzen

Die Mächtigen schafften es oft, der Justiz zu entkommen. „Aber nicht entkommen können sie dem unabhängigen, beharrlichen, präzisen Journalismus. Sie wollen unantastbar sein, doch für freie Journalisten, für freie Medien gibt es keine Unantastbaren“, so die Preisträgerin. „Deshalb bringen sie uns um. Deshalb diese Jagd auf unabhängige Journalisten und Medien.“

Hernández rief dazu auf, die weltweite Zusammenarbeit von Medienschaffenden zu verstärken. Dafür brauche man Regeln, gemeinsame Interessen, flexible Plattformen. „Niemand hier will in Angst leben, aber zu schweigen ist auch kein Leben“, sagte Hernández. Der Preis gelte nicht ihr persönlich, er gelte den ermordeten Journalisten „und all jenen, die

Anabel Hernández und „Los Señores del Narco“

Anabel Hernández, 1971 in Mexiko geboren, schreibt als anerkannte Investigativjournalistin über Regierungskorruption, Drogenhandel und sexuelle Ausbeutung. Motiviert und angetrieben, wie sie sagt, nicht zuletzt durch das Schicksal ihres Vaters; er wurde im Jahr 2000 in Mexiko-Stadt entführt und ermordet. Der Fall wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Hernández schreibt seit Anfang der 1990er-Jahre für diverse Zeitungen. 2002 wird sie mit dem Nationalen Journalismus-Preis ihrer Heimat ausgezeichnet. 2003 wird sie von UNICEF geehrt für ihren Einsatz gegen Sklavenarbeit und sexuelle Ausbeutung mexikanischer Mädchen in San Diego im US-Bundesstaat Kalifornien.

International bekannt wurde Hernández durch ihren 2010 erschienenen Bestseller „Los Señores del Narco“ (englische Fassung: „Narcoland“) über die Verbindungen zwischen hochrangigen mexikanischen Regierungsvertretern und den Drogenkartellen des Landes.

Nach Morddrohungen musste sie 2015 Mexiko verlassen. Seither lebt sie im Exil, zunächst in den USA, mittlerweile in Europa.

Im Herbst 2018 erschien ihr Buch über die nicht aufgeklärten Morde an 43 Studenten im mexikanischen Bundesstaat Guerrero im Jahr 2014 in englischer Übersetzung – „A massacre in Mexico: The true story behind the missing forty-three students“.



© DW/P. Böll



Die Preisträgerin mit Laudator Misha Glenny (l.) und Intendant Peter Limbourg



© DW/P. Böll



Zuspruch von Sedat Ergin, Preisträger 2016

© DW/F. Görne

Tag für Tag ihren Job machen, mit Moral und Ausdauer“. Hernández: „Sie wollen, dass wir tot sind, dass wir zum Schweigen gebracht werden – aber wir stehen noch immer und verschaffen uns Gehör.“

„Ein wandelndes Wunder“

Laudator Misha Glenny, Autor des Bestsellers „McMafia“ und ehemaliger Korrespondent von The Guardian und BBC, würdigte Anabel Hernández als „eine jener couragierten Analysten, die aufgedeckt haben, wie sich Staatsbedienstete ebenso illegal am Drogenkrieg bereichern wie die Kartelle“. Die Preisträgerin habe „diese Verstrickungen und die Gier, die dieses dämonische Netzwerk antreibt“, in unzähligen Artikeln und in ihren Bestsellern offengelegt.

Das Schwerwiegendste aber sei, so Glenny, dass „dieses Blutvergießen in Mexiko, das Elend, das sich Anabel Hernández zu dokumentieren gezwungen sieht, vor allem Folge einer gescheiterten Politik ist, maßgeblich gesteuert aus Washington D.C., gewissenhaft umgesetzt von Regierungen in Mittel- und Südamerika“. Angesichts der Gefahren, denen Journalisten gerade hier ausgesetzt seien, sei die Preisträgerin ein „wandelndes Wunder“. Dieses Wunder bestehe schlicht in dem Umstand, „dass sie noch unter uns weilt“, so Glenny.

Abgesehen von der Akribie, mit der sie ihre Recherchen betreibe, pflege Anabel Hernández einen sehr eleganten Schreibstil. „Sie bekämpft Ungerechtigkeit sowohl mit Wahrheit als auch mit Schönheit“, sagte der Laudator im alten Plenarsaal des Deutschen Bundestags.

Als ein „beeindruckendes Beispiel für mutigen investigativen Journalismus“ stellte auch DW-Intendant Peter Limbourg die Arbeit der Preisträgerin heraus und mahnte: „Wir müssen unsere Kolleginnen und Kollegen, die trotz der persönlichen Gefährdung weiter nach der Wahrheit suchen, schützen und unterstützen.“

“ Sie hat die Gier, die dieses dämonische Netzwerk antreibt, offengelegt.

Straffreiheit statt Pressefreiheit


Mexiko weist eine beunruhigende Bilanz in Bezug auf die Pressefreiheit auf. Nach Angaben des Committee for the Protection of Journalists (CPJ) starben dort 2018 mindestens 60 Medienschaffende. Mehr als die Hälfte davon wurde nachweislich ermordet. Ein trauriger Rekord.

➤ Unter den Getöteten waren Reporter, die über Korruption in Reihen der Regierung und organisierte Kriminalität, einschließlich Drogenkartelle, berichteten. Hinzu kommt: Diese Gewalt gegen Journalisten bleibt zu meist ungesühnt. „Im Grunde haben wir in Mexiko eine 100-prozentige Straffreiheit. Der Staat untersucht sich nicht selbst“, sagt Ana Cristina Ruelas von der Organisation Artikel 19, die weltweit die Lage der Medienfreiheit dokumentiert. „Dies ist seit 2006 Realität, seit dem Beginn des Kriegs gegen die Drogenkartelle. Seither versuchen staatliche Stellen, die Information der Öffentlichkeit immer mehr zu unterbinden.“

Das Schweigen der Journalisten

Strafflosigkeit ist Teil des Teufelskreises. Viele Journalisten haben aufgrund von Drohungen ihre Arbeit eingestellt. Medienhäuser üben in wachsendem Maße Selbstzensur, halten Reporter zurück und vernichten so Geschichten, bevor sie veröffentlicht werden.

Anabel Hernández war eine von denen, deren Geschichten stummgeschaltet wurden, nachdem die investigative Reporterin Korruption auf höchster Ebene aufgedeckt hatte. Wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen ist Hernández aus Mexiko geflohen und lebt aufgrund von Morddrohungen im Exil. Die Aussichten für jene, die im Land geblie-



Mexiko: Rang 147

Freedom-House-Status 2019: **TEILWEISE FREI**
Quelle: Freedomhouse.org

Rangliste der Pressefreiheit 2018: **RANG 147** von 181 Ländern
Quelle: Reporter ohne Grenzen

In 2018 getötete Journalisten/Bürgerjournalisten: **9**
Quelle: Reporter ohne Grenzen, Press Freedom Barometer 2018

Seit 1992 getötete Journalisten/Bürgerjournalisten: **47**
Quelle: Reporter ohne Grenzen, Press Freedom Barometer

Straffreiheitsrate für Straftaten gegen Journalisten: **99.2%**
Quelle: Article 19

© DW

ben sind, erscheinen düster. „Jahr für Jahr nimmt die Gewalt gegen Journalisten zu“, so Ruelas.

Die Organisation Artikel 19 hat zahlreiche Formen von Aggression dokumentiert – sie reichen von Drohungen und Einschüchterungen bis zu Spionage und Vorwürfen vermeintlicher Diffamierung. 2018 verzeichnete man 544 Vorfälle, mindestens die Hälfte ging der Organisation zufolge von staatlichen Akteuren aus.

Die Erwartungen an die neue Regierung

CPJ hat festgestellt, dass neue Technologien die Gefahr für Journalisten, die in Mexiko tätig sind, erhöht haben. So warnt die Organisation davor, dass die Pegasus-Spyware, die zur Datenerfassung und Überwachung der

Mobiltelefonnutzung verwendet wird, auch gegen investigative Journalisten im Land eingesetzt wird.

Ana Cristina Ruelas sagt, das Innenministerium in Mexiko habe zwar die Gefahren für Journalisten erkannt. Doch die neue Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador, der seit Dezember 2018 im Amt ist, habe noch keine konkreten Pläne und Maßnahmen vorgelegt, wie man die Gewalt gegen Journalisten eindämmen, den Zugang zu Informationen und eine in der Demokratie unabdingbare Medienfreiheit gewährleisten wolle. <

Courtney Tenz



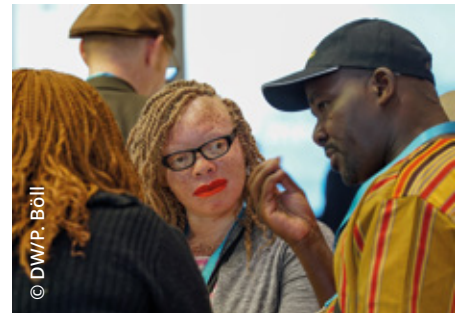
© DW/F. Görner

Erste Frau unter den Preisträgern

Anabel Hernández ist die erste Frau unter den Preisträgern. Seit 2015 verleiht die DW den Freedom of Speech Award an eine Person oder Initiative, die sich in herausragender Weise in den Medien für Menschenrechte und Meinungsfreiheit engagiert.

Ausgezeichnet wurden bisher der weiterhin in Saudi-Arabien inhaftierte Blogger Raif Badawi (2015) und der ehemalige Chefredakteur der türkischen Zeitung Hürriyet, Sedat Ergin (2016), der auch in diesem Jahr zur Preisverleihung nach Bonn kam, um so ein Zeichen zu setzen gegen die weiter fortschreitenden Einschränkungen der Pressefreiheit in der Türkei. 2017 ging der Freedom of Speech Award an die US-amerikanische White House Correspondents' Association und im vergangenen Jahr wurde der iranische Politikwissenschaftler Sadegh Zibakalam ausgezeichnet. Verliehen wird der Freedom of Speech Award jeweils im Rahmen des Global Media Forum.

➔ [dw.com/freedom](https://www.dw.com/freedom)



“ Dank Internet sind Raum und Zeit für Information unendlich. Ebenso allerdings für Lärm.

Ozama Manzar, Digital Empowerment Foundation, Indien





“ Für lebendiges Erinnern ist investigativer Journalismus wichtiger denn je.

Janine Wedel, George Mason University, Virginia, USA





© Fotolia/roxx0r

Die neue Welt(un)ordnung

Ist die Welt in ein „großes strategisches Puzzle“ zerfallen, wie Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, formuliert? Und wer könnte dieses Puzzle wieder zusammensetzen angesichts globaler Machtverschiebungen in der internationalen Politik?

Text **Christian F. Trippe**, Redakteur und DW-Sicherheitsexperte

› Vielleicht leben wir ja im Zeitalter der Ratlosigkeit. Dabei hatte alles so schön begonnen: Mit dem Fall der Berliner Mauer endete die Blockkonfrontation; der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt 1989/90 markierte eine Zäsur von epochaler Bedeutung. Doch das, was seitdem geschieht, lässt sich analytisch kaum noch auf den Begriff bringen; es fehlen buchstäblich die Worte, um die neue Welt(un)ordnung zu beschreiben. Zu viel ist in Bewegung geraten: Gewissheiten, Allianzen, Machtstrukturen.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs schien das rechtsstaatlich-demokratische Staatsmodell gesiegt zu haben. Der Westen war dabei, sich überall dort durchzusetzen, wo bis vor Kurzem noch anti-freiheitliche Systeme ihre Bürger drangsaliert hatten. Um ein Bild aus der Kybernetik zu verwenden: Die Macht, die den alten Machthabern entglitten war, suchte sich neue Träger. Die Macht schien sich bei den Siegern der Geschichte anzulagern. Überhaupt Geschichte – die war nun wirklich von gestern. Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama postulierte ebenso großspurig wie voreilig das „Ende der Geschichte“.

Doch diese These ging fehl. Im Rückblick wirkt die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung in China wie ein Fanal. Die Welt entwickelte sich nicht so, wie es die westlichen Handbücher des staats-

politischen Handwerks vorgesehen hatten. China, das den Siegeszug der Demokratie so jäh wie brutal beendet hatte, zeigt der Welt seitdem, dass wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und Entwicklung nicht unbedingt mit dem Vorhandensein politischer Freiheiten einhergehen müssen. In vielen Zukunftstechnologien ist China schon jetzt führend.

Mit dem Aufbau wirtschaftlicher Macht und dem Anhäufen gigantischer Währungsreserven wächst China aber auch immer mehr politische Macht zu. Peking nutzt diese Macht zunehmend und fordert damit die USA heraus. Die beiden Großmächte liefern sich einen veritablen Machtkampf

“Eine Macht im Niedergang kann mindestens so viel Unruhe stiften wie eine aufstrebende.“

um die geopolitische Vormachtstellung am Pazifik. Diese Rivalität wird eine gravierende Verschiebung im Machtgefüge der Welt nach sich ziehen.

Ein dritter Akteur mischt im Bunde der neuen-alten Rivalen mit: „Russland zeigt gerade, dass eine Macht im Niedergang mindestens genauso viel Unruhe stiften kann wie eine aufstrebende Macht“, meint der ehemalige US-Diplomat William S. Burns. Die Menschen in der Ukraine und in Georgien werden diese Sicht teilen. Doch Russland „boxt über seiner Gewichtsklasse, während es versucht, die Spaltungen im Westen für sich auszunutzen“, so Burns weiter.

Macht in der „harten“ Außenpolitik kann gestalten und Neues schaffen; sie kann aber auch nur um den Erhalt ihrer selbst willen verwendet werden. Doch wenn militärisch unterfütterte Macht sich neu ausrichtet, kann sie leicht zerstörerisch wirken. Dieser Befund wird nicht besser, wenn zu den „großen Drei“ – USA, China, Russland – eine Vielzahl leidlich großer, politisch übermotivierter Staaten hinzukommt: Indien, Pakistan, die Türkei, Saudi-Arabien, Iran – die Aufzählung ist nicht vollständig. Nicht nur die neuen ambitionierten Player orientieren sich und ihre Außenpolitik gern an Denkfiguren des 19. Jahrhunderts – an Nullsummenspiel und Geopolitik, an Einflusszonen und am Konzert der Mächte. >

„Veränderungen in den Haltungen machen mir Sorgen“

Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** sprach zur Eröffnung des Global Media Forum (GMF) mit DW-Intendant Peter Limbourg über aktuelle Entwicklungen im Medienbereich – und die Bedrohung von Journalisten weltweit.

Insbesondere in den Sozialen Netzen sei der Ton „sehr viel rauer, manchmal unbarmherzig“ geworden, beklagte Steinmeier. „Da gibt es nichts mehr zwischen schwarz und weiß, da ist kein Kompromiss im Denken mehr möglich. Und derjenige, der andere Auffassungen vertritt, der andere Argumente liefert, wird oft schon als Gegner und Feind behandelt. Das sind Veränderungen in den Haltungen, die mir Sorgen machen“, so der Bundespräsident, der aus Berlin zugeschaltet war.

Nach dem deutschen Verfassungsverständnis müssten Freiheiten immer auch gepaart sein mit Regeln. „Deshalb muss es für neue Freiheiten auch neue Regeln geben dürfen“, damit möglichst alle „an diesem Meinungsbildungsprozess teilhaben können“. Steinmeier nannte kartellrechtliche Möglichkeiten und den Datenschutz. Doch vor allen Dingen müsse der Gesetzgeber sicherstellen, dass „die Herkunft von Informationen zweifelsfrei zu klären ist“, sagte Steinmeier. Derzeit versuche eine „tastende Gesetzgebung, mit diesen neuen Phänomenen umzugehen, ohne dass überzeugende Lösungen schon gefunden worden sind“, so der Bundespräsident.

Im Vorfeld der Verleihung des DW Freedom of Speech Award ging der Bundespräsident auch auf den Zustand der Meinungs- und Pressefreiheit und das Schicksal von Journalistinnen und Journalisten ein. „Die Pressefreiheit ist weltweit unter Druck“, so Steinmeier. Das gelte in wachsendem Maße auch für Europa. Versuche, beispielsweise Zeitungen unter staatliche Kontrolle zu bringen, bezeichnete er als „schädliche Entwicklung, die die Demokratie gefährdet. Wir müssen uns in Europa dagegen wehren und möglichst gegen die Anfänge.“

Steinmeier appellierte an die Konferenzteilnehmer: „Behalten Sie den Mut zur Berichterstattung über das, was für Regierungen auch unbequem sein muss. Die Demokratie braucht Sie alle.“



„Für neue Freiheiten brauchen wir auch neue Regeln“: Bundespräsident Steinmeier auf dem Global Media Forum

© DW/F. Gömer

Gerade in Europa erleben viele diese Rückkehr überkommener Konzepte als eine Zeitreise voller Misstöne. Sie wird begünstigt durch den Umstand, dass in immer mehr Ländern rechts- und linkspopulistische Führergestalten an die Macht kommen. Die Orbans und die Erdogans, die Dutertes und die Bolsonaros verachten das, was die westlich-liberale Ordnung immer ausgezeichnet hatte; ihr Siegeszug ist ein Verrat an den Ideen und Idealen von 1989/90.

Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, spricht davon, dass die Welt in ein „großes strategisches Puzzle“

“ Es ist eine Zeit dramatischer Neuverteilung globaler Macht.

zerfallen sei. Wer die Einzelteile aufheben und wieder zusammensetzen könne – das sei derzeit unklar. Jedenfalls stehen die USA, die langjährige Vormacht des Westens, unter ihrem gegenwärtigen Präsidenten dafür offenkundig nicht zur Verfügung. Donald Trump wendet sich von Europa ab, er stellt die NATO infrage und beschimpft Verbündete. Gleichzeitig hofiert er Diktatoren und autoritäre Populisten. Auch das ist eine Verschiebung im Machtgefüge der Welt, für Europa ist es die vielleicht schmerzhafteste.

Denn trotz aller Ambitionen, den alten Kontinent politisch zu einen, ihn wirtschaftlich und sozial zu integrieren: Die EU ist derzeit nicht in der besten Verfassung: Der Brexit schwächt sie, Populisten im Osten höhlen sie aus, Putins Russland bedroht sie. Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Kriege und der ideologischen Rivalitäten dauerte streng genommen nur von 1914 bis 1989. Historiker bezeichnen diese Zeitspanne deshalb als „kurzes Jahrhundert“. Für das Vierteljahrhundert, das seitdem vergangen ist, hat noch niemand ein passendes Etikett gefunden. Bei aller Ratlosigkeit ist immerhin klar: Es ist eine Zeit dramatischer Neuverteilung globaler Macht. <

Der Preis der Untätigkeit

Die Europäische Union zeigt sich pragmatisch im Umgang mit arabischen Autokraten. Dieser realpolitische Kurs ist die Folge von Machtverschiebungen in dieser strategisch immer noch wichtigen Region. Vor allem ist sie aufseiten der EU die Folge der eigenen Schwäche.

Text **Loay Mudhoon**, DW-Nahost-Experte, Leiter Qantara.de

> Das Gipfeltreffen der EU mit der Arabischen Liga Ende Februar im ägyptischen Badeort Scharm el-Scheich war das erste seiner Art: Europäische Regierungschefs und die gesamte EU-Spitze trafen sich mit arabischen Autokraten, um „den Willen zu engerer Kooperation und Koordination zu bekräftigen“, wie es in der Abschlusserklärung des für manche Beobachter „historischen“ Treffens hieß.

Doch am Ende blieb nur eine Tatsache „historisch“: dass diese Veranstaltung überhaupt zustande kommen konnte. Denn ihre Beschlüsse fielen so unverbindlich aus, dass sie schon bald in Vergessenheit gerieten; ihre Bedeutung blieb weitgehend symbolisch.

Und dennoch kam es bei der Abschlusspressekonferenz des Gipfels auf offener Bühne zu einem Eklat beim Thema Menschenrechte – trotz der zur Schau gestellten Harmonie. Vor allem sah sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker genötigt, die Behauptung des ägyptischen Machthabers Abdel Fattah al-Sisi, die Menschenrechtslage in seinem Land sei von niemandem angesprochen worden, energisch zu widersprechen.

Dass sich die Europäische Union auf dieses Treffen mit unbelehrbaren, korrupten Autokraten und rücksichtslosen Gewaltherrschern, die demokratische Werte und rechtsstaatliche Normen mit Füßen treten, ohne Vorbedingungen einlässt, hat weniger mit der Einsicht in die Notwendigkeit einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen direkten Nachbarn zu tun. Vielmehr hat diese schwierige Übung in Realpolitik mit den eigenen Versäumnissen zu tun – und vor allem mit der Schwäche des Westens insgesamt.

Keine gemeinsame Syrienpolitik

Der Gipfel legte offen, wie sich die Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Europa und seinen arabischen Nachbarn in den vergangenen Jahren verändert haben. Regionale Akteure wie Ägypten und Saudi-Arabien präsentieren sich zunehmend selbstbewusst gegenüber westlichen Staaten, lehnen „Belehrungen“ über Fragen

First LAS - EU Summit

“Investing in Stability”

Sharm El-Sheikh 24-25/2/2019



Ausreichend Distanz? EU-Ratspräsident Donald Tusk (l.) und Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi

der Demokratie und der Menschenrechte ab und pochen auf bedingungslose Zusammenarbeit, vor allem mit der EU. Freilich fühlen sie sich durch Trumps Allianzpolitik und seine zur Schau gestellte Hinwendung zu autoritären, starken Männern ermutigt.

Diese für die internationale Ordnung bedeutsame Entwicklung darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die wesentliche Machtverschiebung im Nahen und Mittleren Osten nachhaltig zuungunsten der westlichen wie der arabischen Staaten ausgefallen ist. Zu den neuen starken Akteuren in der Region sind nämlich Russland, Iran und die Türkei avanciert.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die USA sind kriegsmüde, sie ziehen sich seit ihren verlorenen Kriegen in Afghanistan und Irak aus dem Großraum Mittlerer Osten sukzessive zurück. So profitierte ausgerechnet Iran vom abrupten Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Irak 2011; die Islamische Republik stieg zur tonangebenden Macht im Zweistromland auf. Zuvor hatte die Bush-Administration im Zuge des „Kriegs gegen den Terror“ die „natürlichen“ Feinde Irans militärisch beseitigt: das Taliban-Regime in Afghanistan und das Baath-Regime von Saddam Hussein in Irak.

Eine verhängnisvolle Strategie

Mit dem Ausbruch und der Verselbstständigung der Gewalt im syrischen Bürgerkrieg wurde schnell klar, dass die westliche Außenpolitik den neuen Realitäten im benachbarten Land nicht gerecht werden kann. Während das Assad-Regime massive Unterstützung von Russland, Iran und den schiitischen Kräften im Libanon und in Irak erhielt, haben die westlichen Mächte keine gemeinsame Syrienpolitik formulieren können.

Die gespielte Machtlosigkeit des Westens manifestierte sich besonders an der Verwässerung der „Rote-Linie-Doktrin“ durch die Obama-Administration: Statt wie angekündigt militärisch auf den Giftgaseinsatz im Jahr 2013 zu reagieren, ließ sich Obama auf ein

“ Die neuen starken Akteure in der Region sind Russland, Iran und die Türkei.

Abkommen mit Russland ein, das zwar in eine völkerrechtlich verbindliche Resolution mündete, die Syrien dazu verpflichtet, alle Chemiewaffen zu vernichten. Doch die Umsetzung dieser Resolution ließ sich nicht glaubwürdig kontrollieren. Der Westen verlor durch dieses mangelnde Engagement massiv an Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit im Mittleren Osten.

Doch das eigentliche Versagen westlicher Mächte liegt darin, dass man sich in Washington und Brüssel sehr früh entschieden hat, nicht militärisch in Syrien zu intervenieren und stattdessen „den Konflikt ausbluten zu lassen“. Eine verhängnisvolle Strategie, die schließlich Russland, Iran und der Türkei freie Hand in Syrien ließ.

Die Entscheidung des US-amerikanischen Präsidenten, eigene Truppen aus Syrien abzuziehen, ohne Rücksprache mit den Partnern vor Ort und gegen den Rat seiner Berater und Minister, hat viele Alliierte der USA im Nahen Osten – etwa die Kurden – zu Recht aufgeschreckt. Sie dürfte den Einflussverlust westlicher Ordnungspolitik auf die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten vergrößert haben.

Für Europa bedeuten der US-Rückzug und die signifikanten Machtverschiebungen, dass die EU eine gemeinsame Politik für die Nachbarregion formulieren muss. Dabei sollte es nicht bei einer Stärkung der eigenen Militärkapazitäten und der Zusammenarbeit mit Autokratien bleiben. Eine umfassende europäische Antwort auf die historischen Transformationsprozesse und die Schwäche der arabischen Staaten liegt angesichts der Herausforderungen von Staatszerfall und Migration im ureigenen Interesse Europas. <



© DW/P. Böll

“ Wenn Sie keine Falschmeldungen mögen, dann verbreiten Sie keine!

Beatriz Sanchez, chilenische Politikerin und Journalistin



© DW/R. Oberhammer



© DW/P. Böll



© DW/P. Böll



© DW/P. Böll





© DW/F. Görner



© DW/P. Böll



© DW/F. Görner



© DW/P. Böll



© DW/P. Böll



© DW/P. Böll



© DW/F. Görner

“ Kritische Haltung und Kreativität bleiben auch in Zeiten Künstlicher Intelligenz das Wichtigste.

Nanjira Sambuli, Web Foundation, Kenia



© DW/P. Böll

Falschmeldungen sind eine Plage

Soziale Medien seien eine „Brutstätte von Falschmeldungen“, sagt Aron Purie. Der Gründer und ehemalige Chefredakteur von India Today ist ein intimer Kenner der indischen Medienlandschaft. TV sei nach wie vor vorn, die digitalen Plattformen weiterhin unrentabel. Und wie steht es um Vielfalt und Freiheit?

Fragen Vera Tellmann

> Welche Medien sind in Indien heute am erfolgreichsten?

Seitdem die indische Regierung das Privatfernsehen 1991 zugelassen hat, hat TV die Zeitung als erfolgreichstes Medium abgelöst. Wir haben 880 Programme, Nachrichtensender sind am stärksten vertreten, aktuell senden landesweit 460 Kanäle rund um die Uhr – ob auf Hindi, Englisch oder in regionalen Sprachen.

Der landesweite Durchbruch des Fernsehens wurde durch die Bezahlbarkeit begünstigt: Kabelgesellschaften bieten bis zu 500 Kanäle für eine monatliche Gebühr von umgerechnet 3,75 Euro. Dennoch wachsen etablierte Printmedien in Indien weiterhin

und sind profitabel. Die digitalen Medien bleiben trotz stetigen Wachstums von 30 Prozent jährlich weitestgehend unrentabel. Plattformen wie Google, Facebook und Twitter vereinen 90 Prozent des gesamten digitalen Werbebudgets auf sich.

Wie reagieren indische Medien auf den schnellen technologischen und sozialen Wandel?

Das Wachstum von Plattformen wie Facebook, Whatsapp, Twitter und Instagram ist herausfordernd für das soziale Gefüge des Landes. Andererseits sind Soziale Medien zum beliebtesten Instrument geworden, um die breite Bevölkerung zu erreichen.

Premierminister Narendra Modi ist mit 46,5 Millionen Followern einer der weltweit populärsten politischen Akteure auf Twitter.

Auch die Sozialen Netze konnten sich vor allem durch erschwingliche Preise etablieren. Datentarife sind in Indien so günstig wie nirgendwo sonst. Das ermöglicht auch ärmeren Menschen in ländlichen Gebieten Zugang zu Sozialen Medien.

Wie ist die Beziehung zwischen führenden indischen Medien und der Regierung?

Indien ist eine der lebendigsten Demokratien der Welt. Sie lebt von vielfältigen Meinungen, dem freien Informationsfluss und von einer Bevölkerung, die gelernt hat, im Chaos aufzublühen. Zwar fehlt indischen Medien ein starker konstitutioneller Rückhalt, wie es ihn zum Beispiel in den USA gibt. Aber Artikel 19 der indischen Verfassung definiert Rede- und Meinungsfreiheit als Grundrechte. Folglich wird auch die Pressefreiheit, die sich daraus ergibt, als Grundrecht angesehen.

Wie sehr wird die öffentliche Meinung in Indien von Populisten beeinflusst?

Die indischen Medien verhalten sich tendenziell neutral. Sie neigen nicht dazu, Parteien offen zu unterstützen, wie es zum Beispiel in den USA Tradition ist. Meinungen oder Tendenzen können gleichwohl durch die Art der Berichterstattung offenkundig werden. Die großen populären Parteien verbreiten ihr Wahlprogramm durch öffentliche Kundgebungen oder in Debatten im nationalen und regionalen Fernsehen. Auch die Sozialen Medien haben die Parteien für sich entdeckt und sie nutzen Unterstützer zur Verbreitung ihrer Inhalte.

Wie bekämpfen die Medien Desinformation und Hate Speech?

Falschmeldungen sind eine Plage. Sie werden oft von Politikern selbst oder ihren Unterstützern in die Welt gesetzt. Das Problem spitzt sich zu, die Verbreitungsformen werden immer raffinierter. In Indien gibt es keinerlei Kontrolle in Bezug auf Soziale Medien, das macht sie zu einer Brutstätte von Falschmeldungen. Unsere Gesetze sollten viel stärker an den Wandel angepasst werden. Die großen Medienhäuser haben inzwischen Methoden entwickelt, um Falschmeldungen zu identifizieren. India Today etwa hat den „Anti-Fake News Warroom“ (AFWA) ins Leben gerufen, eine sehr geschätzte Initiative zur Demaskierung von Falschinformationen und vermeintlichen Fakten.

Was Hate Speech angeht, hat Indien bereits strenge Gesetze, die von den Main-

stream-Medien sehr ernst genommen werden. Das äußert sich beispielsweise in einer vorsichtigen Berichterstattung, vor allem bei sensiblen Themen, die soziale Unruhen oder lokale Spannungen befeuern könnten. Anstiftungen in diese Richtung werden mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren und einer hohen Geldstrafe geahndet.

Was ist Ihre Vision in Bezug auf die indischen Medien?

Die Rolle der Medien als Wächter und vierte Säule der Demokratie wird weiter von hoher Relevanz sein. Die wachsende Alphabetisierungsrate, das steigende Pro-Kopf-Einkommen – all das wird dazu beitragen, dass die indische Medienlandschaft eine lebendige und aufstrebende Branche bleibt. Die größte Herausforderung wird sein, die digitalen Medien rentabel zu machen und die Nutzer dazu zu bewegen, für glaubwürdige Inhalte zu bezahlen. Diese Glaubwürdigkeit aufzubauen wird der härteste Teil dieser Reise sein. Die Branche hat vor allem in puncto Selbstregulierung schon viel geleistet, aber den Nutzer für Glaubwürdigkeit zahlen zu lassen – diese Aufgabe gilt es zu meistern. <

„Everybody is the media“

Aroon Purie ist Gründer und ehemaliger Chefredakteur von India Today – inzwischen Indiens vielfältigste Mediengruppe. Purie ist vehementer Verfechter von Demokratie und Freiheit und kritisiert zunehmenden Protektionismus ebenso wie die mangelnde Gleichbehandlung im Mediensektor.

„Everybody is the media“, sagte er auf dem Global Media Forum in Bonn. An Google und Facebook gerichtet forderte er, sie sollten akzeptieren, dass sie Verleger und nicht nur Plattformen seien. „Sie sind keine Sozialen Dienstleister, das ist Business“, so der streitbare Medienmacher in der Diskussionsrunde zur Frage: Wer hat die Macht in den Medien? Google und Facebook hätten die Macht in Sachen Distribution. Allerdings, so Purie: „Am Ende hat auch eine gute Geschichte die Macht.“

Aroon Purie erhielt zahlreiche renommierte Auszeichnungen, unter anderem würdigte die indische Regierung seinen Einsatz für professionellen Journalismus.



Erfahrung und Weitsicht: die Medienmacher Aroon Purie und Mathias Döpfner

„Wir brauchen Business-Modelle für klugen Onlinejournalismus“

Springer-Chef **Mathias Döpfner** auf dem GMF zum Einfluss und der daraus erwachsenden Verantwortung Sozialer Medien, zur Zukunft des Journalismus und dem Fehlen eines überzeugenden Business-Modells.

„Soziale Medien wie Facebook nehmen großen Einfluss etwa auf den Ausgang von Wahlen und auf gesellschaftliche Stimmungslagen. Da ist es schwer zu verstehen, dass sie vollkommen anders reguliert werden als eine kleine Lokalzeitung, die mehr Verantwortung übernehmen muss.“

Zum Fall des Bloggers Rezo und der Wirkung seines Videos vor der Europawahl: „Wenn jemand über zehn Millionen Menschen erreicht, ist das ein großes Medium, ein ernstzunehmender ‚Verlag‘. (...) Rezo ist für mich ein gutes Beispiel für digitalen politischen Journalismus. Es ist eine neue Ästhetik, in der politischer Journalismus betrieben wird.“

“ Es wird an gutem Journalismus gespart. Das ist Selbstmord aus Angst vorm Sterben.

„Kern des Journalismus ist Glaubwürdigkeit – wir sind verantwortlich für die Wahrheithaftigkeit dessen, was wir als Journalisten publizieren. (...) Wenn wir auf der Straße demonstrieren, können wir keine Masken tragen, warum können wir das auf Facebook?“

„Alle Urheber von Nachrichten müssen aufpassen, dass sie nicht zu den dummen Content-Lieferanten und zu den Helfern einer smarten Pipe werden, die diesen Content distribuiert und auch die Monetarisierung übernimmt.“

„Printmedien werden früher oder später keine große Rolle mehr spielen. Deshalb ist die Zukunft des Journalismus mit den digitalen Vertriebswegen verbunden. Wir brauchen klugen Onlinejournalismus. Da gibt es heute noch zu wenige Anreize, aktiv zu werden, weil es kein überzeugendes Business-Modell gibt.“

Das duale System mit öffentlich-rechtlichen und privaten Medien „hat einzigartige Qualität hervorgebracht. Das sollten wir schützen. Aber wir schützen es nicht, indem wir Mauern bauen gegen den Fortschritt, wir schützen es nur, indem wir den Fortschritt unarmen.“

„Ich freue mich auf das nächste Kapitel des Journalismus, das ganz sicher ein digitales ist.“

Auszüge unter anderem aus einem Gespräch mit Phoenix auf dem GMF

„Habe ich Dich verärgert, Chef?“

Über den Niedergang der türkischen Medien, die Macht der Mediennutzer und den Mut der Medienmacher.

Text **Can Dündar**, türkischer Journalist im Exil in Deutschland



Zeichen setzen für die Pressefreiheit:
Die Tageszeitung Sözcü vom 19. Mai

➤ Früher war die Tageszeitung Milliyet eine der einflussreichsten Zeitungen der Türkei und ihr Verleger Aydin Dogan galt als der „Medienmogul“ des Landes. Zur Dogan Media Group gehörten die größten Zeitungen und TV-Sender mit den höchsten Zuschauerzahlen. Der Partner des Axel Springer Verlags verstand sich nicht sonderlich gut mit der AKP-Regierung.

Recep Tayyip Erdogan, zu der Zeit noch Premierminister, beschwerte sich ständig über Journalisten wie mich, aber seine Versuche, Einfluss zu nehmen, blieben stets vergeblich. Schließlich fand Erdogan eine Hintertür – er behauptete, dass eine 25-prozentige Beteiligung bei Springer Unregelmäßigkeiten aufweise. 2009 wurde die Dogan Media Group mit einer Rekordstrafe von 2,5 Milliarden Dollar sanktioniert.

Zwei Jahre später verkaufte Aydin Dogan Milliyet für 48 Millionen Dollar an Erdogan Demirören, einen Geschäftsmann mit engen

Verbindungen zur Regierung. An seinem ersten Tag berief der Neue uns Kolumnisten zu einem Treffen. Sein erster Satz: „Ich will von nun an keine gegen Erdogan gerichtete Zeile mehr in Milliyet lesen.“ Kurz nach diesem Treffen rief mich Demirören persönlich an, um mir zu sagen, dass ich nicht mehr für die Zeitung schreiben dürfe. Ich war entlassen. Nach zwölf Jahren, die ich für Milliyet gearbeitet hatte.

Eines Tages sickerte ein abgehörtes Telefonat zwischen Premierminister Erdogan und Verleger Demirören über das Internet durch. Gegenstand des Gesprächs war eine Nachricht, die noch am selben Tag in Milliyet veröffentlicht worden war. Am Telefon sprach Demirören den Premierminister mit „Chef“ an. Der Wortlaut:

Demirören: „Habe ich Dich verärgert, Chef?“
Erdogan: „Du hast mich in Verlegenheit gebracht. (...) Ist es die Mission dieser Zeitung zu provozieren?“

Demirören: „Daran würden wir nicht einmal denken, Herr Ministerpräsident.“ (...)

Erdogan: „Tut alles, was nötig ist, um euch um die unrühmlichen Menschen zu kümmern“ (gemeint waren Journalisten, Anm. des Autors).

Demirören: „Ich werde den Verantwortlichen noch vor heute Abend ans Licht bringen. Keine Sorge.“

Erdogan: „In Ordnung, einen schönen Tag noch.“

Demirören murmelte noch: „Warum bin ich in dieses Geschäft eingestiegen ... für wen?“

Er schluchzte, natürlich kannte er die Antwort auf diese Frage: Derjenige, der ihn gezwungen hatte, in dieses Geschäft einzusteigen, der wahre Eigentümer der Zeitung, war Erdogan. Und der hatte ihn soeben zu-rechtgewiesen.

Doch die Tränen trockneten schnell. Vor den Parlamentswahlen 2018 kaufte Demirören alle weiteren Zeitungen und Sender, die noch in Besitz von Aydin Dogan waren. Ermöglicht durch einen Kredit über 1,2 Milliarden US-Dollar, gewährt von einer öffentlichen Bank, zu Vorzugskonditionen: zehnjährige Laufzeit, keine Rückzahlung in den ersten beiden Jahren. Demirören wurde zum neuen „Medienmogul“ der Türkei.

Es ist kein Zufall, dass alle oppositionellen Journalisten und Manager nach der Übernahme entlassen wurden. Die Medien-

“ Die Medienhäuser wurden in eine Propagandamaschine verwandelt.

häuser wurden in eine Propagandamaschine verwandelt. Erdogan konnte den Wahlkampf in einem faktisch kritikfreien Medientumfeld antreten.

Und das „Win-win-System“ funktionierte. Zwar war der Ruf der Demirören-Zeitungen angeschlagen, die Auflagen gingen zurück, aber es gab dennoch keinen Grund zur Sorge: Das verlorene Geld kam durch öffentliche Aufträge wieder rein. Präsident Erdogan hatte dank des Trojanischen Pferdes, das er im Mediensektor platziert hatte, die Kontrolle über 90 Prozent der Verbreitung durch Zeitungen und Fernsehkanäle in der Türkei. Zensur war nicht mehr nötig. Die Medien waren in Fürsprecher der Regierung und Angriffsinstrumente gegen die Opposition verwandelt worden.

Can Dündar

arbeitete von 2001 bis 2013 für die türkische Zeitung Milliyet. Nachdem er entlassen worden war, wurde er Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet. 2016 wurde er nach der Veröffentlichung eines Berichts, der den türkischen Geheimdienst mit Islamisten, die in Syrien kämpfen, in Verbindung brachte, zu fünf Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach drei Monaten wurde er aus der Haft entlassen und lebt seitdem im Exil in Deutschland. Mitte Juni dieses Jahres gelang auch seiner Frau die Ausreise nach Deutschland.

Doch das erwartete Happy End blieb aus – das genaue Gegenteil war der Fall. Leser und Zuschauer waren es schnell leid, immer die gleichen Schlagzeilen zu lesen, immer die gleiche Person auf Titelseiten und Bildschirmen zu sehen. Während die Einschaltquoten für Erdogans Reden hinter diejenigen der Seifenopern zurückfielen, wurde die Hauptnachrichtensendung von FOX TV, des einzigen Mainstream-Senders, über den er keine Kontrolle ausüben konnte, zum beliebtesten News-Format.

“Erdogans Druck auf die Medien im Land ist nach hinten losgegangen.

Erdogans Druck auf die Medien im Land ist nach hinten losgegangen. Die Menschen haben sich für alternative Informationsquellen und Plattformen entschieden.

Denn es gibt noch immer talentierte und mutige Journalisten, die trotz aller Widrigkeiten die Wahrheit suchen und verteidigen – ob sie nun festgenommen und angeklagt wurden, im Gefängnis sitzen, im Exil leben müssen oder arbeitslos sind.

Und Demirören? Mit 80 Jahren starb er kurz vor den Parlamentswahlen 2018. Alles, was als Vermächtnis aus 50-jährigem Wirken als Industrieller übrig bleiben wird, ist ein erbärmliches Telefonat, bei dem er in Tränen ausbrach. <

[dw.com/turkish](https://www.dw.com/turkish)



„Ich komme aus dem weltweit größten Gefängnis für Journalisten“

Can Dündar diskutierte auf der internationalen Medienkonferenz der DW mit Galina Malishevskaya aus Weißrussland, Investigativjournalist Georg Mascolo und dem britischen Autor und Politiker Michael Dobbs über Entwicklungen im Verhältnis von Politik und Medien.

„Es gibt eine Art globaler Attacke auf die Presse- und Meinungsfreiheit“, sagte Dündar und mahnte: „Ich komme aus dem weltweit größten Gefängnis für Journalisten. Wir haben unsere Freiheit innerhalb weniger Jahre verloren. Deshalb sollten wir unsere Rechte sehr leidenschaftlich verteidigen, heute mehr denn je.“

Deutschland dürfe das nicht einfach als gegeben hinnehmen: „Wer ein autokratisch geführtes Land wie die Türkei unterstützt, macht sich indirekt mitschuldig an Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit.“

„Wir sind auch Aktivisten geworden. (...) Mein Land brennt. Da kann ich nicht nur über das Feuer berichten, ich muss auch Löschwasser holen.“

Mascolo dazu: „In Deutschland, in der westlichen Welt verteidigt Journalismus das System selbst – und das ist die Demokratie. In diesem Sinne mögen wir auch hier Aktivisten sein.“ Ansonsten sei es wichtigste Aufgabe der Medien, die Vielfalt der Meinungen darzustellen.

Dass die USA auf dem Feld der Meinungs- und Pressefreiheit nicht mehr als maßgeblich gelten könnten, ist für Mascolo „der größte bleibende Schaden aus der Trump-Ära“. Denn manche Politiker in Europa betrachteten dies als Freibrief für die Einschränkung von Freiheitsrechten. „Die Grundlage des europäischen Projekts sind Demokratie und Pressefreiheit. Deshalb muss man agieren, wenn die Rechtsstaatlichkeit in einem EU-Land nicht mehr gewährleistet ist“, so Mascolo.

Die Sozialen Medien seien in der Türkei „überlebenswichtig“, so Dündar. Und Galina Malishevskaya sagte über Weißrussland: „Wir haben Meinungsfreiheit in Bezug auf Social Media, aber in Bezug auf die Presse kann man das nicht behaupten.“

Für Michael Dobbs, Autor von „House of Cards“, haben die Entwicklungen im Netz nicht wie erhofft „uns alle zusammengebracht und die volle Informationsfreiheit gebracht, sondern das genaue Gegenteil“. Dobbs: „Statt Nachrichten zu hören, hören sehr viele Menschen nur das Echo ihrer eigenen Vorurteile.“ Und Politiker agierten nicht mehr im Sinne langfristiger Ziele, hätten keine Zeit mehr abzuwägen, sondern reagierten nur noch auf Schlagzeilen.

Mit „Informationslärm“ gegen Europas Demokratien

Kreml-Medien polarisieren und unterminieren demokratische Strukturen in Europa. Was als Beitrag zum pluralistischen Diskurs propagiert wird, ist in Wahrheit zielgerichtete illegitime Einmischung.

Text **Ingo Mannteufel**, DW-Osteuropa-Experte

➤ In nahezu allen Staaten Europas hat es seit 2013 Einmischungsoperationen des Kremls gegeben, um von außen die politische Willensbildung zu beeinflussen. Das ist das Ergebnis des interaktiven Internet-Tools „Authoritarian Interference Tracker“ des German Marshall Fund, der die Einmischung des russischen Staates in andere Länder detailliert auflistet: Um die öffentliche Diskussion – insbesondere in Zeiten von Wahlen oder Referenden – zu manipulieren, haben vom Kreml kontrollierte Informationsanbieter zielgerichtet Desinformation, extrem tendenziöse Informationen und populistische Geschichten verbreitet. Es handelt sich dabei nicht um eine Erweiterung des Meinungpluralismus durch ausgewogene und objektive Informationen, was im Sinne einer freien Öffentlichkeit zu akzeptieren ist, sondern um illegitime Einmischung.

Diese neuartigen Desinformationskampagnen nutzen die gestiegene Informationsüberlastung der Menschen in der digitalen Welt aus. Der Informationsraum wird mit einer Vielzahl von Lügen, Halbwahrheiten oder absurden Nachrichten geflutet. Dabei geht es gar nicht darum, zu einem Ereignis oder Aspekt neue Erkenntnisse oder Argumente zu verbreiten. Es geht vielmehr darum, die Bürger durch einen auf diese Weise verstärkten „Informationslärm“ zu verunsichern – gesicherte Fakten und Tatsachen gehen unter oder werden als eine von mehreren Möglichkeiten entwertet.

Die „böse Elite“ herrscht über das „gute Volk“

Nicht nur Russland, auch China und andere autoritäre Länder führen Beeinflussungsoperationen durch, um den gesellschaftlichen Diskurs in Demokratien zu

manipulieren. Unter dem Deckmantel eines angeblichen Beitrags zur Meinungs- und Pressefreiheit werden gezielt die Möglichkeiten einer „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper) zur Bekämpfung derselben genutzt. Gleichzeitig gehen die autoritären Staaten in ihren nationalen Medienräumen repressiv gegen freie Medien vor und entwickeln sich zu „digitalen Diktaturen“. Es handelt sich um eine neue Form eines expansiven digitalen Autoritarismus, der die Errungenschaften freiheitlicher Demokratien gefährdet.

Das politisch-strategische Ziel ist es, demokratische Prozesse zu unterminieren. Deshalb findet sich das Narrativ, wonach eine „böse Elite“ über das „gute Volk“ herrsche und Wahlen deshalb sinnlos seien, als durchgehendes Motiv in der Berichterstattung der Kreml-Medien RT (Russia Today) und Sputnik, wie das Projekt EUvsdisinfo in zahlreichen Fallstudien belegt hat. Das aus sowjetischen Zeiten bekannte Motiv von den „Kapitalisten“, die das „Proletariat“ unterjochen, ist in eine postmoderne populistische

“ Der Informationsraum wird mit Lügen, Halbwahrheiten oder absurden Nachrichten geflutet.



“ Digitaler Autoritarismus gefährdet die Errungenschaften freiheitlicher Demokratien.

Variante transferiert worden. Wie schon zu Sowjetzeiten wird dieses anti-elitäre Narrativ oft um anti-US-amerikanische Ressentiments erweitert.

Zur Strategie der Kreml-Medien gehört auch, den westlichen Demokratien politische Dysfunktion anzudichten. In einer im Frühjahr 2019 veröffentlichten britischen Studie zu RT und Sputnik kommen Gordon Ramsay und Sam Robertshaw vom Policy Institute des Londoner King's College zu dem Ergebnis, dass von 2.641 Artikeln, die von RT und Sputnik zu innenpolitischen Themen in Großbritannien, den USA, Frankreich, Deutschland, Schweden, Italien und der Ukraine verfasst wurden, 2.157 Artikel, also 81,7 Prozent, mit

Schablonen von politischer Dysfunktion präsentiert werden.

Kreml-Medien als Verstärker populistischer Tendenzen

Durch die Entwertung demokratischer Prozesse in Europa soll die undemokratische Natur des russischen Systems kaschiert und die Macht von Präsident Wladimir Putin legitimiert werden. Zudem zielen die Kreml-Einmischungen in Europa darauf ab, politische Gruppen und Parteien zu schwächen, die sich gegen die Politik des Präsidenten positionieren und Sanktionen für den Kreml fordern. Unterstützung in Putins Medien er-

halten meist populistische Parteien in Europa oder Protestbewegungen wie die „Gelbwesten“ in Frankreich. Wie sehr sich der vom Kreml kontrollierte russische Auslandssender RT auf die Gelbwesten-Bewegung in seinem französischen Informationsangebot konzentriert hat, zeigt eine Studie der Kampagnenplattform Avaaz vom Frühjahr 2019.

Der Aufstieg populistischer Parteien in Europa hat sicherlich eine Vielzahl von politischen, historischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Ursachen. Aber unverkennbar wirkt der Kreml mit den von ihm kontrollierten Medien als Verstärker solcher Tendenzen, indem populistische Narrative, polarisierende Stimmungsmache und Desinformation verbreitet werden. <



© Fotolia/Roman



© DW/F. Görner

Videobotschaft aus der Haft

Der russische Oppositionspolitiker **Leonid Wolkow** konnte nicht – wie geplant – am Global Media Forum in Bonn teilnehmen, weil er inhaftiert worden war. Wolkow, der über das Verhältnis von Medien und Politik unter anderem mit Can Dündar diskutieren sollte, schickte aus dem Gefängnis eine Videobotschaft. Darin bedauerte er, nicht in Bonn dabei sein zu können. Seine Geschichte selbst sei aber ein Beitrag zur Konferenz, denn sie mache deutlich, „wie das Verhältnis von Medien und Politik in einigen anderen Ländern funktioniert“, so Wolkow.



„Rückendeckung für eine freie Presse in der Welt“

Das Land Nordrhein-Westfalen war in diesem Jahr erstmals Partner der internationalen Medienkonferenz der DW und unterstützt die Veranstaltung auch finanziell. „Die Deutsche Welle hat die Chance, mit dem Global Media Forum in Bonn so etwas zu entwickeln, was für die Außen- und Sicherheitspolitik die Sicherheitskonferenz in München ist“, sagte Ministerpräsident Armin Laschet.

➤ Das Global Media Forum (GMF) werde auch in den nächsten Jahren „Rückendeckung für eine freie Presse in der Welt geben“. Denn selbst mitten in Europa sei die Pressefreiheit wieder unter Druck geraten. Man habe „allen Anlass zur Selbstkritik, weil das, was wir bei anderen einfordern, in Europa längst nicht mehr überall der Standard ist“, sagte der Ministerpräsident. Das zeige, „wie die Pressefreiheit schleichend gefährdet werden kann, wenn man nicht rechtzeitig Grenzen benennt“, so der Politiker vor den internationalen Gästen im World Conference Center Bonn.

“ Wir können über vieles diskutieren, aber doch nicht über Pressefreiheit.

Die künftige Europäische Kommission müsse deshalb deutlich machen: „Europa hat klare Prinzipien und wer gegen diese Prinzipien verstößt, wird auch Sanktionen, notfalls auch finanzielle, erleben. Es geht nicht, dass jemand Milliarden aus Brüssel bekommt und gleichzeitig die freie Presse abschaltet. Das wird nicht funktionieren“, forderte Laschet und betonte: „Wir können über vieles diskutieren, aber doch nicht über Pressefreiheit.“

„Das muss man hinnehmen“

Zur Diskussion um das Video, das der Youtuber Rezo vor der Europawahl publiziert hatte, und den Umgang damit durch die CDU sagte Laschet: „Egal, ob einem das gefällt oder nicht, das ist Teil von Meinungsfreiheit.“ Dafür gebe es keine Grenzen. „Deshalb muss man auch das hinnehmen, darüber diskutieren, Formen erörtern, wie eine Partei auf so etwas antworten kann.“ Laschet unterstrich: „Auch in aufgewühlten Zeiten dürfen wir die freie Meinungsäußerung nicht regulieren.“

Qualitätsjournalismus bedeute aber weit mehr als Meinungsäußerung. Es gehe darum, „in dieser kompliziert gewordenen Welt Fakten unter journalistischen Qualitätsmerkmalen zu bewerten und dann zu vermitteln“. Qualitätsjournalismus könne man auch aus einer Haltung heraus machen, so der Ministerpräsident. Aus einer Haltung „gegen Rassismus, gegen Islamophobie, gegen Antisemitismus. Das sind Prinzipien, wo man Haltung zeigen kann. Aber Journalismus ist nicht in jeder Zeile eigene Meinung.“

Am öffentlich-rechtlichen Rundfunk festhalten

Politik gestalte Rahmenbedingungen für eine freie Presse und für Qualitätsmedien, „was gerade auch in einer digitalen Welt von großer Bedeutung ist“, betonte Laschet, der für den Fortbestand des dualen Mediensystems plädierte. Das Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern sei Garant für Qualität und Vielfalt. Gerade vor dem Hintergrund, dass populistische Kräfte diesen infrage stellten, „müssen wir auch in Zeiten, in denen das vielleicht nicht populär ist, am öffentlich-rechtlichen Rundfunk festhalten“.

Eine wichtige Rahmenbedingung sei auch die Umsetzung des Urheberrechts in nationales Recht. Der Politik müsse „das Kunststück“ gelingen, es so zu gestalten, dass man keine Zensur ermögliche und die Freiheit erhalte. Zugleich sei „das, was jemand kreativ schafft, nicht umsonst zu haben für die, die damit milliardengeschäfte machen. Diesen Spagat muss man hinbekommen“, so Laschet. <



„Kein Mensch wird zurückgelassen“

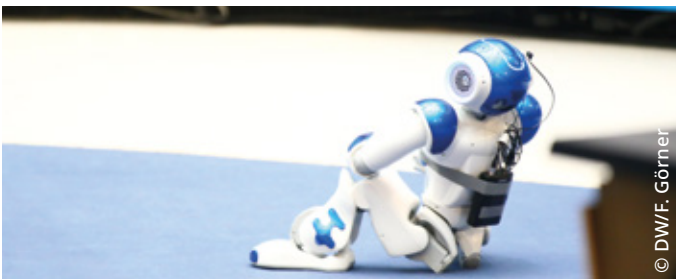
Ein Thema auf der Konferenz war die wachsende Bedeutung Künstlicher Intelligenz (KI). Inwieweit wird KI für Medien und Journalismus hilfreich sein oder eine Gefahr darstellen?

➤ „Personifiziert“ wurde das Thema durch die Gegenwart zweier Roboter: Naomi (u.), die an der Universität Bonn entwickelt wurde, und Sophia, die 2015 von einem in Hongkong ansässigen Unternehmen bereitgestellt wurde und seither in der Welt unterwegs ist. „Im Koffer auf einem Fensterplatz“, wie sie Guido Baumhauer auf dem GMF verriet. Der Direktor Distribution und Technik der DW führte ein kurzes Interview mit ihr. Sie kann Sprache verarbeiten und so einfache, vorstrukturierte Gespräche führen.

Und Sophia ist lernfähig, die Spracherkennungstechnologie wird im Laufe der Zeit intelligenter. Also nur eine Frage der Zeit, bis humanoide Roboter den Menschen überholen? Für den Moment ist sie realistisch: Baumhauer wollte von ihr wissen, wo KI im Journalismus hilfreich sein könne. Sophia nannte die Zusammenstellung von Sportergebnissen oder auch die Auswertung von Wahlergebnissen. „So haben Journalisten mehr Zeit, ihre Geschichten zu schreiben.“ Im Übrigen hatte Sophia noch eine beruhigende Botschaft für die Medienmacher auf dem Forum: Sie versprach, es werde „kein Mensch zurückgelassen bei der weiteren Entwicklung künstlicher Intelligenz“.

Da es auf dem Global Media Forum im Kern um die weltweite Meinungs- und Pressefreiheit geht, durfte auch eine Frage nach diesen Grundrechten nicht fehlen. Natürlich brach Sophia eine Lanze für die Menschenrechte – und vergaß nicht hinzuzufügen, dass möglicherweise „auch Roboter eines Tages ihre Rechte haben werden“.

Und Aufgaben meistern, die heute noch nicht vorstellbar erscheinen. So könnte Naomi – zumal sie in Bonn zu Hause ist – künftig das GMF moderieren. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet jedenfalls würde sich „freuen, wenn Naomi im nächsten Jahr statt meiner hier eine Rede hält und wir erkennen, was Künstliche Intelligenz alles möglich macht“. Naomi vernahm es in lässiger Haltung. <



12 Starter – ein Gewinner

Zum ersten Mal hat die DW im Rahmen des Global Media Forum ein mehrtägiges Bootcamp für Start-ups aus der Medienbranche durchgeführt. Fünf Finalisten präsentierten ihre Projekte auf der internationalen Medienkonferenz der DW. Die Jury kürte das Projekt „Newscoop“ zum Gewinner.

Zwölf Start-ups aus vier Kontinenten hatten sich mit ihren Projekten eingebracht. Professionelle Unterstützung zur Weiterentwicklung ihrer Geschäftsideen gaben Trainer der Unternehmensberatung PwC (PricewaterhouseCoopers) und der DW Akademie.

Der Gewinner des Wettbewerbs, das US-amerikanische Start-up „Newscoop“, wurde vorgestellt von Camilla Warrender und Anurag Wakhlu. „Newscoop“ verbindet junge Journalisten, Studierende und Medienaktivisten weltweit. Ziel der rasch wachsenden Community sei es, „die Nachrichtenwelt zu vermenschlichen“, so die Sieger.

Jury-Mitglied Ashkan Kalantary, NextLevel Director PwC Deutschland, zur Entscheidung: „Newscoop hat ein global skalierbares Produkt. Grundlage bilden die Blockchain und die Crowd, die sie global teilhaben lassen. Dadurch, dass die



Camilla Warrender und Anurag Wakhlu von „Newscoop“

Urheber zurückverfolgt werden können, können sie auch an den Agentureinnahmen partizipieren. Es ist Fake-News-sicher, weil es aus der Crowd kommt und die Crowd sagen kann: Ich war auch dort, passt nicht. Es ist eine Art Wikipedia für News auf einer sehr schnell skalierbaren Basis. Man bringt so ein bisschen mehr Vertrauen in die Gesellschaft.“

Zu den zwölf Start-ups beim Bootcamp zählte etwa das rumänisch-deutsch-kanadische Team von „Storystan“. Hier haben sich herausragende Journalisten zusammengetan, die einem Publikum in eher unterversorgten Medienmärkten packende Inhalte zugänglich machen. Mit dabei auch das russisch-US-amerikanische Projekt „Sarafan Technology“. Hier arbeitet man an einer Technologie, die Produkte in Videos erkennt und dem Nutzer diese und ähnliche zum Kauf vorschlägt. Das afrikanische Start-up „Congo Check“ überprüft Aussagen von Politikern auf Falsch-Informationen. Indien war vertreten mit einer Informations-Plattform für Landwirte. Aus Deutschland war unter anderem „aiconix“ dabei – das Start-up setzt Künstliche Intelligenz zur Video-Optimierung ein.

➔ [dw.com/bootcamp](https://www.dw.com/bootcamp)

Afrika neu ins Bild setzen



© DW/P. Böll

Afrikanische und nicht-afrikanische Fotografen wollen mit der Kraft der Bilder Stereotypen infrage stellen, die unser Verständnis des Kontinents verzerren. **Austin Merrill**, Mitbegründer von „Everyday Africa – Re-picturing a Continent“, hat das Projekt auf dem Global Media Forum in Bonn präsentiert.

Fragen **Martina Bertram**, Redakteurin

➤ **Warum sollen wir Afrika und den Alltag der Menschen in einem neuen Licht sehen?**

Menschen auf der ganzen Welt haben Afrika zu lange missverstanden und falsch dargestellt. Das ist auf vielfältige Art und Weise beleidigend, kolonialistisch und herabwürdigend. „Everyday Africa“ ist ein Versuch, das zu ändern. Die Stereotypen von Armut, Krankheit und Konflikt sind allgegenwärtig. Sicher, diese Dinge gibt es auf dem Kontinent. Aber sie sind ebenso wenig Alltagsnorm wie Safaris. Die meisten Menschen leben ein völlig normales Leben, in vielerlei Hinsicht mit dem Leben im Westen

vergleichbar. Dies als grundlegende Wahrheit zu etablieren, kann zu einem gerechteren Umgang miteinander und zu einem besseren Verständnis füreinander führen – sowohl auf persönlicher als auch auf globaler Ebene. Dabei handelt es sich um eine Menschenrechtsfrage.

Sie nutzen insbesondere Instagram für Ihr Projekt. Ist das nicht angesichts der Vielzahl der dort präsenten stereotypen Bilder von Afrika aussichtslos?

Was könnte besser sein, um unsere Botschaft zu verbreiten? Wenn man eine Geschichte in

einer Zeitung veröffentlicht, bekommt man ein oder zwei Fotos, wenn man Glück hat. In einer Zeitschrift ein paar Bilder mehr. Der Raum in den traditionellen Medien wird immer enger, sodass das Geschichtenerzählen dort noch schwieriger geworden ist. Wir haben uns auf Instagram eine eigene Plattform geschaffen und eine große Fangemeinde aufgebaut. So können wir unsere Geschichten direkt an unser Publikum liefern. Und die traditionellen Medien haben das zur Kenntnis genommen. Sie nehmen Kontakt zu uns auf, um unsere Arbeit zu publizieren, und wir sehen weltweite Bemühungen, unsere Art des Geschichtenerzählens zu fördern.

Aber beschönigen Sie nicht eher und werden so dem Schicksal vieler Menschen nicht gerecht angesichts von Perspektivlosigkeit und Massenflucht, Korruption und Despotie?

Das sind doch genau die Stereotypen, die wir zu bekämpfen versuchen. Ich weiß auch nicht, was Sie mit Beschönigung meinen. Wir fotografieren nur Szenen aus dem Alltag

und teilen sie mit der Welt. Wir sagen nicht, dass schlimme Dinge nicht passieren. Traditionelle Nachrichten sind wichtig, aber das ist nicht unser Fokus. Es gibt genug Medienhäuser, die sich auf diese Art der Berichterstattung konzentrieren. Wir bieten etwas anderes an, das ebenso wichtig ist, denn vor unserem Projekt gab es solche Bilder schlicht nicht zu sehen.

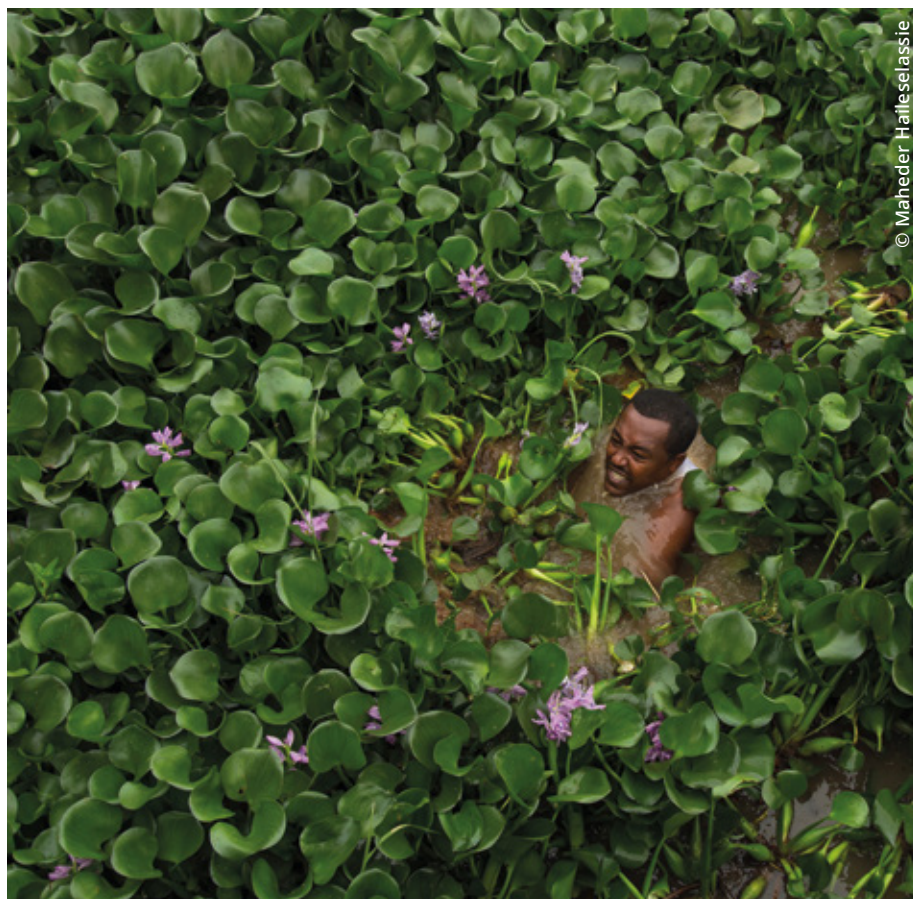
Was hat die Präsenz auf dem Global Media Forum in Bonn für Sie bedeutet?

Es ging darum, Menschen zu treffen und von ihnen zu lernen. Und darum, unsere Geschichte mit einem neuen Publikum teilen zu können, mit einem Publikum, das

die Bedeutung unserer Arbeit versteht und uns hilft, die Botschaft zu verbreiten. Dabei geht es übrigens nicht nur um „Everyday Africa“, sondern auch um all die anderen Everyday-Feeds auf der ganzen Welt. <

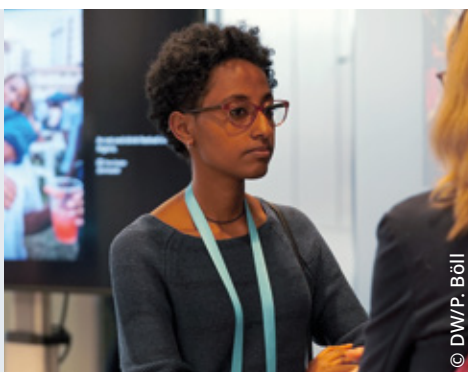
➔ everydayafrica.org

“ Ein gerechterer Umgang miteinander und ein besseres Verständnis füreinander – persönlich und global.



Austin Merrill und Maheder Haileselassie

haben das Projekt „Everyday Africa“ auf dem GMF gemeinsam vorgestellt. Haileselassie (r.) ist Fotografin aus Äthiopien, der US-Amerikaner Merrill ist Mitbegründer des Projekts. Er war als Freiwilliger des Peace Corps in der Elfenbeinküste.



Impressum

Deutsche Welle
Unternehmenskommunikation
53110 Bonn
T 0228.429-2041
weltzeit@dw.com
dw.com/presse

flickr.com/photos/deutschewelle
issuu.com/deutsche-welle
facebook.com/dw.deutschewelle
twitter.com/deutschewelle

VERANTWORTLICH

Christoph Jumpelt

REDAKTION

Berthold Stevens

GESTALTUNG

Lisa Jansari

BILDNACHWEIS

Titel: © DW/R. Oberhammer

DRUCK

BRANDT GmbH, Bonn

Das Papier für diese Weltzeit wurde aus Holz erstellt, das aus verantwortungsvoller, nachhaltiger, europäischer Waldwirtschaft stammt. Es wird auf Düngemittel und Pestizide verzichtet und der Bestand wird wieder aufgeforstet.

WERBUNG IM PROGRAMM

T 0228.429-2731
werbung@dw.com



© One Fine Day Films

Das Heldendrama „Supa Modo“ entstand im Rahmen eines gemeinsamen Projekts von DW Akademie, BMZ und One Fine Day Films

Mit Konventionen brechen

Zusammen mit den Produktionsfirmen **Good Karma Fiction** und **One Fine Day Films** sowie weiteren Partnern unterstützt die **DW Akademie** afrikanische Filmemacher auf dem Kontinent dabei, lokale Geschichten ins Fernsehen und auf die Kinoleinwand zu bringen.

Text **Nina Molter**, DW Akademie

> Kamau Wandungu wuchs in Mathare auf, im zweitgrößten Slum von Nairobi, Kenia. Hier machte er als Darsteller für ein Schultheaterstück seine ersten Schritte im Rampenlicht. Ein Lehrer empfahl ihm, es mit einer Schauspielkarriere zu versuchen. Heute ist Wandungu Drehbuchautor und Produzent für seine eigene Produktionsfirma Tililiz Pictures.

Geholfen haben ihm auf diesem Weg vor allem die Trainings von One Fine Day Films und Good Karma Fiction. Hier konnte er das Filmhandwerk von internationalen Experten erlernen und es bei Filmproduktionen vertiefen. Die Trainer brachten ihm bei, seine Arbeit aus einem anderen Blickwinkel zu be-

trachten und vermittelten ihm „das Selbstbewusstsein, sich hinzusetzen und eine eigene Geschichten zu schreiben“, sagt er. „Seitdem habe ich zwei Kurzfilme herausgebracht. Ich habe Drehbücher geschrieben, Regie geführt und produziert.“

Mut zu Neuem

Laut eines aktuellen UN-Berichts verfügt Afrika über die im Schnitt jüngste Bevölkerung weltweit. Außerdem hat der Kontinent den am schnellsten wachsenden Markt für Fernsehen und Online-Streaming-Dienste – ein riesiges Potenzial für lokale Filmemacher. Die DW Akademie und ihre Partner

unterstützen Filmschaffende bei der Produktion von Filmen und Fernsehserien, die finanziell nachhaltig sind und sich mit Themen beschäftigen, die die Menschen vor Ort ansprechen.

Zuletzt koproduzierte Wandungu die Pilotfolge der Serie „Country Queen“ zusammen mit Good Karma Fiction. Die Serie beschäftigt sich mit aktuellen, in Kenia gesellschaftlich relevanten Themen: Land Grabbing, Korruption, Kinderarbeit. Die Protagonistin der Serie ist eine erfolgreiche Event-Planerin aus Nairobi, die in ihr Heimatdorf zurückkehrt, als eine Minenfirma droht, die Bewohner zu enteignen.

Filme und Serien erreichen häufig ein breiteres Publikum als Non-Fiction-Formate wie Dokumentationen. Sie können gesellschaftliche Debatten über sensible Themen anstoßen und so einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken.

Anfangs, so Wandungu, sei er von der Idee einer Soap Opera wenig begeistert gewesen. Das änderte sich allerdings durch die Zusammenarbeit mit James MacSill, einem Drehbuchautor aus Brasilien. „Er erklärte uns die Besonderheiten von Soap Operas

und zeigte uns, wie wir interessante Charaktere entwickeln und kluge Drehbücher schreiben.“

Authentische Geschichten

Die fortschreitende Digitalisierung wirkt sich auf den Wettbewerb am Filmmarkt aus und bringt internationale Konkurrenz nach Afrika. Auch deshalb wird es immer schwieriger für afrikanische Filmemacher, ihr Publikum zu erreichen. „Es war schon immer eine Herausforderung, aber heute ist es noch schwerer“, so Wandungu. „Unser Land wird überflutet von Netflix und die Leute wollen nichts Mittelmäßiges mehr sehen.“

Für Filmemacher bedeutet das: Sie müssen hochwertige Produktionen liefern und eine eigene Stimme entwickeln. Wandungu ist überzeugt, dass authentische Geschichten der Schlüssel sind. „Wir bieten dem Publikum etwas, das nachweislich aus Kenia kommt, zum Beispiel eine Serie – geschrieben von Kenianern für Kenianer. Es ist ein Spiegel unserer Gesellschaft und das ist es, was auf dem Markt gefragt ist.“ Hochwertig produzierte Filme haben zudem bessere Chancen auf dem internationalen Markt. Was noch fehle, so Wandungu, seien Investoren, die Zusagen für langfristige Projekte machen.

Ein Schritt nach dem anderen

Diese Herausforderungen gibt es nicht nur in Kenia. Tiny Mungwe, Filmemacherin und Produzentin aus Südafrika, arbeitet für STEPS, eine Nichtregierungsorganisation, die Dokumentationen produziert, um benachteiligten Gesellschaftsgruppen eine Stimme zu geben. Eines ihrer Projekte, „Generation Africa“, wird von der DW Akademie unterstützt.

In den Dokumentationen werden „die gelebten Erfahrungen der jungen Menschen vor Ort zum Thema gemacht. Die Filme schaffen ein Publikum für die Geschichten der Filmemacher und brechen konventionelle Vorstellungen zu afrikanischen Dokumentarfilmen auf“, so Mungwe. Dies habe direkte Auswirkungen darauf, wie der afrikanische Kontinent in den Medien dargestellt und wahrgenommen werde. Mungwe und das STEPS-Team laden Dokumentarfilmer aus der ganzen Welt ein, um die Filmemacher für ihr Vorhaben auszubilden und zu beraten.

„Es ist das erste Mal, dass ein Projekt dieser Größenordnung in den anglophonen und frankophonen Regionen Afrikas

durchgeführt wird“, erläutert Mungwe. „Es gibt bisher wenig Unterstützung und funktionierende Strukturen für diejenigen, die Filme über die Grenzen dieser Sprachräume hinaus machen wollen“, betont sie. Das Wichtigste für die Zukunft des Filmsektors

seien grenzüberschreitende Netzwerke, das Lernen voneinander. „Ich sehe großes Potenzial für nachhaltige afrikanische Ko-produktionen und die Zusammenarbeit jenseits geografischer Grenzen.“

“ Filme und Serien können gesellschaftliche Debatten über sensible Themen anstoßen.



Filmproduktion in Afrika

Die DW Akademie, finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), und ihre Partner unterstützen und fördern afrikanische Filmemacher mit einer Vielzahl von Projekten. Neben der Kooperation mit STEPS und Good Karma Fiction sind 2018 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin und der Filmakademie Baden-Württemberg zwei Pilotprojekte zum Thema Web-Serien in Ghana, Uganda und Marokko gestartet.

Seit mehr als neun Jahren kooperiert die DW Akademie mit One Fine Day Films, der Produktionsfirma von Regisseur Tom Tykwer. Bisher wurden über 1.400 Filmemacher aus 21 Ländern trainiert, sieben Spielfilme sind entstanden.

2013 gründete Regisseur Volker Schlöndorff mit Unterstützung der DW Akademie das „Rwanda Media“-Projekt. Es bietet Master Classes für Filmemacher und eine Ausbildung für Mediendesigner an.

In einem zweijährigen Pilotprojekt entwickelt die DW Akademie zurzeit einen Fonds zur Filmförderung. Das Ziel: Afrikas Filmindustrie und die Meinungsfreiheit in Film- und Fernsehproduktionen stärken durch den Aufbau von Fachkompetenz, professioneller Netzwerke und Infrastruktur.

dw-akademie.com

Eddy Micah Jr. und Christine Mhundwa



Melissa Chan und Biresh Banerjee



Den Blick auf die Welt authentisch erweitern

Die DW bietet dem Publikum in Asien und Afrika seit einigen Monaten zusätzliche Formate: **News Asia** sowie **News Africa** – mit Informationen aus der Region für die Menschen in der Region. Für authentische Berichterstattung und Nähe zum Publikum stehen auch die Moderatorinnen und Moderatoren der Sendungen.

Text **Courtney Tenz** und **Julia van Leuven**

➤ **Christine Mhundwa** kommt aus Simbabwe. Die neue Moderatorin von **News Africa** hat unter anderem bei CNBC Africa in Johannesburg gearbeitet. Dort waren der südafrikanische Aktienmarkt und die ökonomische Entwicklung des Landes ihre Schwerpunkte. Sie ist seit 2015 bei der DW. „Afrika ist ein junger Kontinent, und das macht ihn zu einem potenziell bedeutenden Markt für die europäische Wirtschaft. Wenn jeder die Verflechtungen und Bedürfnisse

reisen bedeutet für sie, Menschen und ihre Realitäten zu verstehen.

Mhundwa moderiert die Sendung für Afrika abwechselnd mit **Eddy Micah Jr.**, der auch für das junge DW-Format **The 77 Percent** vor der Kamera steht. Zuvor hatte er in seinem Heimatland Ghana für Atlantis Radio, YFM Ghana und ETV Ghana gearbeitet. Während seines Masterstudiums im dänischen Aarhus arbeitete er als Journalist für das Studentenradio und moderierte

vergleichende Politikwissenschaft studierte. „Die geopolitische Landschaft verändert sich, und diese Veränderung wird eine Verlagerung der ökonomischen und politischen Macht in Asien mit sich bringen. Das wird sich auch auf Europa auswirken“, ist sie überzeugt. Einen Schwerpunkt sieht sie beim Thema Menschenrechte. „Auch im 21. Jahrhundert ist die universelle Achtung der Werte noch immer nicht gegeben. Wie wird sich das in Asien entwickeln, insbesondere in China? Das ist hier die große Frage“, meint Chan. „Es ist eine wachsende regionale Macht mit einem anderen Wertesystem. Europäer müssen dieser Tatsache Aufmerksamkeit schenken. Die DW steht für Menschenrechte und Pressefreiheit.“

Biresh Banerjee präsentiert ebenfalls die Nachrichten für Asien. Er hat zuvor für **The Pioneer** gearbeitet, eine englischsprachige Tageszeitung aus Delhi, sowie für das **TV Today Network** und **NewsX**. Banerjee, der an der **University of Westminster** in London einen Master in Medienmanagement gemacht hat, war zuletzt für den **Media Trust** in London sowie **CCTV News** in Peking tätig. Die Menschen in Süd- und Südostasien hätten heute ein bemerkenswertes Selbstbewusstsein. „Sie sind überzeugt, die Dinge selbst in die Hand nehmen zu können und so ihr eigenes Leben und damit die Situation der Länder, in denen sie leben, zu verbessern.“ Der Moderator macht sich in der DW dafür stark, „ein offenes Ohr für die Hoffnungen und Wünsche der Menschen zu haben. Wir müssen mehr zuhören und unterschiedliche Wahrnehmungen überbrücken.“ Es geht ihm um das legitime Recht der Menschen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. <

“Es ist so viel mehr Wissenstransfer möglich, von dem beide Seiten profitieren.“

versteht, könnte die ‚Jugenddividende‘ des Kontinents allen zugutekommen“, ist sie überzeugt.

Mhundwa möchte dazu beitragen, die DW als Plattform zu stärken, „auf der Afrikaner einander begegnen und Gespräche führen können, wo wir über unsere jeweiligen Länder mehr erfahren“. Für die Moderatorin ist es wichtig, die Menschen in Afrika gut zu repräsentieren. „Ich habe durch die Sendung die Möglichkeit, unseren Kontinent einem breiten Publikum näher zu bringen, Menschen zu helfen, die Probleme und zugleich die positiven Entwicklungen zu erkennen.“ Und sie weiß, dass es unmittelbares Feedback gibt. „Soziale Medien tragen zu einer anderen Dynamik bei. Menschen haben einen Zugang zu uns, können Darstellungen sofort kritisch hinterfragen.“ Afrikaner seien „geradezu besessen von Politik, und das liegt vor allem an unseren Politikern“, sagt sie. Diese positive Besessenheit ist es, was sie antreibt. Und die Lust zu reisen. Denn

seine eigene Show – **Time with Eddy**. „Europa sollte mehr über Afrika erfahren und umgekehrt. Es ist so viel mehr Wissenstransfer möglich, von dem beide Seiten profitieren“, so Micah. Er möchte weiterhin eine „Stimme für Afrikas Jugend“ und ein guter Botschafter für sein Heimatland Ghana wie für den gesamten Kontinent sein. Deshalb gilt sein Interesse vor allem „Themen, die junge Menschen beschäftigen und ihnen helfen, ihre Zukunft selbst zu gestalten“. Themen aus Politik und Gesellschaft. „Auch Gesundheit ist ein wichtiger Aspekt.“ Der Moderator teilt gern seine Reflexionen und Ideen mit anderen – zum Beispiel auf seinem Twitter-Account @eddyMicah.

Melissa Chan kam von der **New York Times** zu den **News Asia** ins DW-Studio. Sie wurde in Hongkong geboren und wuchs in Los Angeles auf. Sie hat Geschichte studiert an der **Yale University** und machte einen Masterabschluss an der **London School of Economics and Political Science**, wo sie

➔ [dw.com/dwnews](https://www.dw.com/dwnews)

BEETHOVEN FEST BONN

6.9. - 29.9.2019

»MONDSCH EIN«

»Mondschein« lautet das Motto des Beethovenfestes Bonn 2019 – Pate steht Beethovens »Mondschein-Sonate«, die seine wohl berühmteste Klaviersonate ist und weit in die Romantik weist.

Wir haben internationale Künstler eingeladen, wir stellen »Originalklang« neben Orchester-Sound, wir präsentieren Uraufführungen, bieten Theater und Tanz, Jazziges und – selbstverständlich – viel Beethoven.

BEETHOVEN FEST BONN

6.9. - 29.9.2019

www.beethovenfest.de | Tickets +49 (0) 228 - 50 20 13 13

Deutsche Post DHL
Group



Sparkasse
KölnBonn



FREUDE.
JOY.
JOIE.
BONN.

BTHVN
2020